Das Recht des deutschen Adels im Glatzer Lande

nach dem ältesten Mannengerichtsbuch von 1346 bis 1390.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der Juristischen Fakultät der Universität zu Breslau

vorgelegt von

Karl Jung
Referendar.

Borna-Leipzig
Buchdruckerei Robert Noske
1910.

Gedruckt mit Genehmigung der juristischen Fakultät der Universität Breslau.

Referent: Professor Dr. Meyer.
Korreferent: Professor Dr. Fischer.

Meinen Eltern.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548206_0184

Inhaltsübersicht.

Seite

§ 1. Geschichtlicher Überblick 1
§ 2. Formellrechtliche Bestimmungen 3
a) Gerichtsverfassung 3
b) Besitzverhältnisse 7
c) Maß- und Münzverkehr 8
d) Gerichtszeugnis 9
§ 3. Materiellrechtliche Bestimmungen 10
a) Geschäftsfähigkeit 10
b) Auflassung 13
c) Schuld 14
d) Bürgschaft 15
e) Pfandrecht 17
α) Pfändung im Exekutionsverfahren 17
aa) Begründung des Pfandrechts 18
αα) Auf prozessualem Wege durch Urteil 18
aaa) Im Kontumazialverfahren 18
bbb) Nach kontradiktorischer Verhandlung . . . 21
ββ) Außerhalb des Prozesses 22
aaa) Durch gerichtliches Anerkenntnis 22
bbb) Durch gerichtliches Zahlungsversprechen . . 23
bb) Art der Befriedigung 23
β) Verpfändung 25
aa) Arten 25
αα) Eigentumspfand 26
ββ) Ältere Satzung (Nutzpfand) 28
γγ) Jüngere Satzung (Kautionspfand) 34
bb) Tilgung des Pfandrechts 37
f) Rentenkauf 38
g) Familien- und erbrechtliche Bestimmungen 42
α) Vormundschaft 42
β) Leibgedinge 44
γ) Güterrechtliche Bestimmungen nach Auflösung der Ehe . 48
δ) Beispruchsrecht 49
ε) Verfügungen von Todes wegen 50
ζ) Gerade 53
η) Seelgeräte 55
§ 4. Vergleich des Glatzer Mannengerichts mit den schlesischen Mannengerichten 55

§ 1.

Geschichtlicher Überblick.

Bis zum 10. Jahrhundert fehlt uns jegliches Quellenmaterial über die Geschichte des Glatzer Landes. Erst mit dem Jahre 981, wo die Burg Cladzco zum ersten Male in den Urkunden erwähnt wird,[1]) tritt dieses Land in die Geschichte ein.[2]) Wie der Name besagt, war Glatz eine tschechische Ansiedelung des zu Böhmen gehörigen Gebirgsländchens gegen die Polen, dessen Besiedelung unter dem Einfluß der fortwährenden Grenzstreitigkeiten zwischen den Böhmen und Polen nur ganz allmählich erfolgte.

Aus politischen Gründen siedelte im Jahre 1264 König Ottokar II. in den Grenzgebieten seines Königreichs Böhmen, so auch in der Herrschaft Glatz, Deutsche aus den Wettinischen Landen, besonders aus der Markgrafschaft Meißen und aus Thüringen an.[3])

Diesen erteilte er u. a. das Privileg, nach dem aus ihrer Heimat mitgebrachten magdeburgischen Recht auch fortan weiterzuleben,[4]) und befreite sie somit von dem sonst im Ottokarschen Reiche geltenden tschechischen Recht.

---

[1]) Dr. Maetschke, Geschichte des Glatzer Landes, in der VSchr. Bd. 8 S. 194.

[2]) Kögler, Historische Nachrichten von allen bekannten feindlichen Einfällen, Blockaden und Belagerungen der Stadt und Festung Glatz, Glatz 1807, S. 4.

[3]) W. v. Zeschau, Die Germanisierung des vormals tschechischen Glatzer Landes im 13. u. 14. Jahrhundert, in der VSchr. f. Gesch. u. Heimatk. der Grafschaft Glatz, von Scholz, Dr. Volkmer u. Dr. Hohaus, 7. Jahrg. S. 220 u. 328, Habelschwerdt 1881—1891.

[4]) vgl. „Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz" von Dr. Volkmer u. Dr. Hohaus Bd. 1 S. 100.

Unter der Herrschaft des tschechischen Rechts war das Glatzer Land eine der 56 Zupen, in die Böhmen und seine Kronländer zu Verwaltungs- und Justizzwecken eingeteilt war. Wie in Böhmen überhaupt, so war auch hier die Gerichtsverfassung bis zum 13. Jahrhundert rein slawischen Charakters, und Immunitäten und Privilegien waren ihr völlig unbekannt. Daher unterstanden auch sämtliche Bewohner, sowohl Adlige wie Bürger und Bauern, dem Zupengericht.[1])

Auch nach der Einwanderung der Deutschen in das Glatzer Land blieben die Tschechen dem Zupengericht unterworfen; doch hatte dieses jetzt nicht mehr die Bedeutung wie früher. Denn die Deutschen, welche den weitaus größten Teil des Landes in Besitz hatten, brachten mit ihrem privilegierten deutschen Recht auch die diesem eigentümliche Gerichtsverfassung mit. Hiernach hatten die deutschen Bürger und Bauern ihren Gerichtsstand vor dem Stadt- und Dorfgericht, während der Adel der Gerichtsbarkeit des Burggrafen zu Glatz, besonders aber dem Mannengericht unterworfen war.

Bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts erfahren wir nur durch vereinzelte Urkunden[2]) von der deutschen Rechtsprechung im Glatzer Lande. Tieferen Einblick gewähren uns erst zwei Rechtsdenkmäler, nämlich das Stadtbuch, welches die Glatzer Bürger 1324 zur Aufzeichnung ihrer Kaufgeschäfte[3]) anlegten, und das älteste Glatzer Mannengerichtsbuch von

---

[1]) Franz Palacky, Geschichte von Böhmen Bd. 2 S. 35, Prag 1866; B. Dudik, Mährens allgemeine Geschichte Bd. 9, Brünn 1880; vgl. auch Otto Peterka, Das Burggrafentum in Böhmen (1906).

[2]) Gesammelt in Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz, von Dr. Volkmer und Dr. Hohaus Bd. 1, Habelschwerdt 1883.

[3]) Ältestes Glatzer Stadtbuch von 1324 bis 1412; in den Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz Bd. 4, (1886); Dr. Maetschke, Geschichte des Glatzer Landes, in der VSchr. f. Gesch. u. Heimatk. der Grafschaft Glatz Bd. 8 S. 21.

[4]) Originalurkunde im Pfarreiarchiv zu Ullersdorf, Kreis Glatz, eine Handschrift aus Linnenpapier, die durch äußere Einflüsse, insbesondere durch Mäusefraß, sehr gelitten hat, bearbeitet von Dr. Volkmer u. Dr. Hohaus in den Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz Bd. 5, Habelschwerdt 1891.

1346 bis 1390.[4]) Während dieses Buch bisher nur zu adelsstatistischen Zwecken benutzt worden ist,[1]) soll im folgenden eine Beleuchtung im rechtlichen Sinne erfolgen.

§ 2.

Formellrechtliche Bestimmungen.

Das Mannengerichtsbuch ist ein Originalprotokollbuch des Glatzer Mannengerichts in Angelegenheiten der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit aus den Jahren 1346—1390.[2])

Das Mannengericht (manrecht) war ein Gerichtshof, der auf dem Schlosse zu Glatz[3]) tagte und in welchem den Vorsitz der vom König jeweils gewählte Burggraf von Glatz führte, der sich aber, sobald er selbst in einer Sache Partei war, von einem anderen Adligen vertreten[4]) lassen mußte.[5]) Die Beisitzer dieses Gerichtshofes waren adlige Standesgenossen, die sich bei Ausscheiden eines ihrer Mitglieder durch eigene Wahl ergänzten, was sich aus der späteren ausdrücklichen Bestimmung der Mannengerichtsordnung der Brüder Albrecht, Georg und Karl, Grafen zu Glatz, vom Jahre 1501 ergibt.[6]) Unter den Beisitzern nahm der Landschreiber einen hervorragenden Platz ein, den wir in allen den Fällen mit seinem Amtstitel verzeichnet finden, wenn das gesamte Beisitzerkollegium angeführt ist.[7]) Unser

---

[1]) Stillfried, Beiträge zur Geschichte des schlesischen Adels, 2: Auszüge aus dem Glatzer Mannenrechtsprotokoll.

[2]) Nicht wie nach Dr. Volkmer, Geschichte des Glatzer Mannengerichts 1908 (S. 16), ein Grundbuch.

[3]) Dr. Volkmer u. Dr. Hohaus, Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz Bd. 5 S. 101 Abschn. 2. — Künftig kurz zitiert unter bloßer Angabe der Seitenzahl u. Abschnitte. Die Bezeichnung der Verhandlung nach Abschnitten erfolgt in der Weise, daß als ein Abschnitt nur eine ganze Verhandlung genommen wird, daß aber bei Fortsetzung der Verhandlung auf neuer Seite diese als besonderer Abschnitt zählt.

[4]) Dr. Volkmer, Geschichte des Glatzer Mannengerichts S. 10f.

[5]) 74 V.

[6]) s. bei Dr. Volkmer, Geschichte des Glatzer Mannengerichts S. 29.

[7]) 6 II.

Mannengerichtsbuch gibt uns keinen genauen Anhalt für die vorgeschriebene Zahl der Beisitzer; sie schwankt in den Protokollen zwischen zwei und sieben. Bemerkt sei, daß man aus der Zahl der zwei Beisitzer, welche in der Regel am Schlusse des Protokolls als testes oder Zeugen angeführt sind, nicht auf die Zahl sämtlicher Beisitzer schließen darf. Folgende Verhandlung z. B. zeigt uns, daß neben dem Hauptmann von Glatz als Vorsitzenden vier Adlige als Beisitzer fungiert haben, von ihnen aber nur zwei als Zeugen genannt sind[1]:

„Wir her Potha, hoptman czy Glacz, bekennen vffinlich mit vnsers hern man hern Hankin von Knobelochsdorf, h(ern) Hannus von der Byl, her Hartunk vom Nymans, her Otte (der) alde von Gluboz, daz vur vns komen sin hern Gunthirn Kinder von der Stercz yn eyn geheget dink: Heynrich, Gvnther, Wolfhart, Nyclacz, gebrudir. Alda habin sy vorreicht vnd gelanget hern Tyczyn von Panwicz vnd synen nachkomelingen erblich czu besitzyn an hindirnisse den hof czu Ratyn, daz vorwerk da selbist, mit gertin, mit wyzin, mit fischery in der Mittil Stynow in allin lechyn, yn allen . . ., als her Gvnthe(r) besezzin hat. Dez sint vur komen her Hartunk von Knobelochstorf, her Otto der elste von Gluboz,[2] her O(tte) vom Slensteyn, den ez vormals gereycht waz; dy han ez fry vnd ledik gelazzin. Ap man kein schrift in dem buche fonde von dem gute, dy sal hern Tycze vnd sinen nachkomelingen vnschedelich sy(n). Adir weme in dem buche stet, dy suln ez fry vnd ledik lazzin vnd ledik gelazzin. Geczvk her Harttunk vom Nymans vnd her Otto von Mittilwalde.[3] Actum in die Fabiani et (Sebastiani)".

Unsere Verhandlungen beginnen in der Regel mit den einleitenden Worten: „In das gehegte Ding kamen vor mich, den Hauptmann von Glatz und vor meines Herren Mannen . . ." Wir ersehen daraus, daß das Ding, d. h. der Gerichtshof, gehegt sein

---

[1]) 111 II.

[2]) Aus dem Adelsgeschlecht der obengenannten Gluboz.

[3]) Aus der Familie der Gluboz, nach ihrem Besitz so benannt (vgl. Dr. Volkmer u. Dr. Hohaus, Geschichtsquellen der Grafschaft Glatz S. 164, Sachregister: Mittelwalde).

mußte, bevor es in die Verhandlung eintrat. Die Hegung erfolgte durch feierliche Verkündung der hierfür feststehenden Formel.[1])

Hinsichtlich der Zahl der jährlichen Verhandlungstage[2]) können wir aus unseren Protokollen keine bestimmte Übung ersehen. Man findet im Jahre bis 12 Verhandlungstage. Gerade aus der Verschiedenartigkeit der Anzahl der jährlichen Verhandlungstage läßt sich entnehmen, daß unter „gehegte Dinge" sowohl echte (ungebotene) als auch unechte (gebotene) Dinge zu verstehen sind (nicht wie bei Volkmer, Geschichte des Glatzer Mannengerichtes S. 27 nur gebotene Dinge).[3]) Zum mindesten sind alle die Dinge, welche die gewöhnliche Zahl der jährlichen Verhandlungstage übersteigen, als gebotene Dinge anzusehen.[4])

Die Amtssprache war, wie wir aus den Protokollen ersehen, bereits im 14. Jahrhundert die deutsche, nur die Einleitung ist in der sonst noch üblichen lateinischen Urkundensprache niedergelegt.

Die Gerichtstaxen beliefen sich, wie aus der Einleitung hervorgeht, für Verhandlungen um ein Wertobjekt von weniger als 10 Schock auf 3 Groschen, und zwar je einer für den Burggrafen, die Mannrechtsbeisitzer und den Landschreiber; bei mehr als 10 Schock auf das doppelte.

Die Einleitung lautet[5]):

„Nota quod anno dni Millesimo Trecentesimo quadra(gesimo sexto feria quinta ante festum Beati Martini proxima, tempore 9. Nov. 1346.

---

[1]) vgl. Volkmer, Geschichte des Glatzer Mannengerichts S. 30f., 46; Ausführliches s. dort.

[2]) Volkmer a. a. O. S. 26, 35, 46.

[3]) Die Bezeichnung der Verhandlungstage wird nicht nach Kalenderdaten geführt, sondern nach Kirchenfesten; z. B. finden wir den 30. Juni 1366 wiedergegeben durch die Bezeichnung „an dem nestin dinstage nach Peter vnd Pauli" (104 IV). Den gleichen Brauch finden wir auch für die Bezeichnung aller anderen Termine, so vor allem der Fälligkeitstermine.

[4]) Daß vor allem echte Dinge in der damaligen Periode bestanden haben, darüber Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte S. 543 f., 547, 559, 564.

[5]) 1 I.

Cap(itanei Domini) Alberti de Crenwicz, Vasalli Glacenses deliberato animo (atque) consilio ad utilitatem perfectam ipsius districtus et Terri(torii Glacensis) de consensu ipsius domini Alberti jamdicti presentem librum scribi et fieri fecerunt Ratificantes omnia (subscripta) et presentibus omn(imodo) sanccientes prout in Bannito Judicio, nullo penitus con(tradicente); quidquam in hunc librum scribitur infra decem sexagenas mittens intitulari (dabit Domino) purgrauio, qui protunc erit, vnum grossum feodalibus unum gr., scriptori unum gr., sed quicquam se vltra decem sexagenas extendit, dabit II gr. purgravio, II gr. feodalibus, II gr. scriptori".

Das Mannengericht entschied in allen den Fällen, welche nicht dem Burggrafen ihrer Geringfügigkeit[1]) wegen überlassen waren, in erster Instanz. Gegen ein Urteil des Mannengerichts gab es nur den Rechtszug an den König, „des kunigs hoff",[2]) wie dies auch deutlich in dem späteren Dekret Rudolfs II. vom 24. 10. 1587 zum Ausdruck kommt.

Wie das Mannenrecht ein Sonderrecht des Adels war, so hatte das Mannengericht in erster Linie die Gerichtsbarkeit in Sachen der Adligen untereinander. Vielfach aber finden wir auch Verhandlungen zwischen Adligen und Nichtadligen. Aus der Tatsache, daß in unseren Verhandlungen sich kein einziger Fall findet, in dem ein Adliger als Kläger gegen einen nichtadligen Beklagten auftritt, ist m. E. zu folgern, daß für diesen Fall das Mannengericht nicht zuständig gewesen ist. Die Nichtadligen sind vielfach mit einem entsprechenden Attribut, wie „Smoil der Jude zu Glatz" oder „Smaliztassche der Bürger zu Glatz" bezeichnet. Die Adligen dagegen führen häufig das Prädikat „ehrbare",[3]) „streitbare Ritter",[4]) „strenge und feste Leute".[5])

Daß der Adel auch in seinem rechtsgeschäftlichen Verkehr mit den Bürgerlichen seinen Gerichtsstand vor seinem Standes-

---

[1]) Dr. Paul A. Volkmer, Geschichte des Glatzer Mannengerichts S. 26, Habelschwerdt 1908.

[2]) 24 III.

[3]) 78 III.

[4]) 127 V.

[5]) 127 III.

gericht hatte, war ein Vorzug für ihn, den wir anderwärts nicht finden.[1]) Wenn überhaupt soviel Verhandlungen zwischen Adligen und Nichtadligen sich vorfinden, so ist dies wohl zurückzuführen auf das bereits 100 Jahre bestehende Nebeneinanderleben beider, mehr aber auf die allmählich immer steigende Verschuldung des Adels. Letzteres beweist besonders der Umstand, daß die Juden von Glatz in ca. 60 Fällen ihre Hand im Spiele haben. Durch die Konkurrenz der Kaufmannsgilden mehr und mehr aus dem Warenhandel verdrängt, warfen sich die Juden mit verstärktem Eifer auf die Geldgeschäfte,[2]) wo sie, da sie von den allgemeinen Zinsverboten nicht betroffen wurden, ihre Kapitalien gegen Zinszahlungen ausliehen,[3]) was auch aus unseren Verhandlungen deutlich zu ersehen ist, in denen vielfach von einem Geldbetrage die Rede ist, „der in den Juden gewuchert hat und noch wuchert".[4]) Gerade im Glatzer Lande wie überhaupt in dessen Mutterlande Böhmen bildeten die Juden seit alters ein wichtiges Element der städtischen Bevölkerung[5]) und Smoil, Sloman, Jakob und Jordan sind in unseren Verhandlungen keine seltenen Namen.[6])

Bezüglich der Besitzverhältnisse der Adligen sei bemerkt, daß sie die Güter zwar als Lehen vom König von Böhmen besaßen,[7]) aber während sonst der Adel in Böhmen die Lehen nur auf Lebenszeit und Widerruf übertragen bekam,[8]) besaß sie der Glatzer Adel durch Privileg Karls IV. vom 10. 1. 1350[9]) als in der Familie frei vererbliches Gut, das er, jedoch auch nur unter Verwandten, veräußern konnte. In diesem Sinne ist der Ausdruck der Quellen „als Lehnguts Recht ist"[10]) zu verstehen. Veräußert der Lehnsinhaber das Lehen, so erhält es der Er-

---

[1]) s. am Schluß S. 56ff.

[2]) s. 4 II, 101 II.

[3]) Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte, Leipzig, 5. Aufl. S. 462.

[4]) 104 III.

[5]) Bachmann, Geschichte Böhmens, Gotha 1905, S. 83.

[6]) s. 4 II, 101 II.

[7]) 5 II, 16 IV, 118 I.

[8]) vgl. Bachmann, Geschichte Böhmens Bd. 2 S. 10.

[9]) s. bei Volkmer, Gesch. d. Glatzer MG. S. 23.

[10]) 16 IV.

werber „mit allim Recht, als her is gehat hat“, d. h. nach den im Glatzer Lande üblichen lehnsrechtlichen Grundsätzen, denen auch der Veräußerer hinsichtlich des Kaufpreises unterliegt (vordinin vnd vorwesin als leengutis recht ist).

Fol. 11 b
1350
Sept. 2.

„An dem dornstag vor unsir vrouwin tag der lecztin quam vor eyn gehegit dink vnd vor mins hern man her Ticz von Panowicz vnd hot vorrycht vnd Recht vnd Redlich vorkauft das Hodorf mit allim Recht, als her is gehat hat, Heynicz von Isenrichsdorf vnd sinin Erbin vm XII schok. Das gelobit her Ticz vordinin vnd vorwesin, als leengutis recht ist. Gezeug her Hank von Knoblochsdorf, Otto Ratolt.“

Die Adligen hatten ihre Liegenschaften nicht in Eigenwirtschaft, es saßen auf ihnen vielmehr in der Regel zinshafte Bauern. Dies hing mit der Art der Kolonisation zusammen. Wie auch sonst, so ging im Glatzer Lande die Kolonisation in der Weise vor sich, daß eine Anzahl freier Bauern mit einem locator oder Unternehmer an der Spitze sich von einem adligen Grundherrn ein Stück Land anweisen ließ gegen die Verpflichtung, an den Grundherrn einen an bestimmten Terminen fälligen Geldzins zu entrichten, der ebenso wie die Ländereien selbst vielfach den Gegenstand von Verpfändungen seitens des Herrn bildete.[1])

Die Maßeinheit des Bodens ist die Hube. Mat hat darunter außer Hof und Garten das dem Flurzwange unterliegende Ackerland zu verstehen, meist im Gesamtumfange von 30 Morgen.[2])

Als Einheitsmaß für die Münze finden wir den Groschen, der in 12 Pfennige geteilt wurde. Er war eine Silbermünze, die nach der verschiedenen Prägung einen verschiedenen Wert hatte. Wir finden in der Hauptsache den „böhmischen Groschen“, auch „Prager Groschen“ genannt,[3]) der um das Jahr 1300 zuerst geschlagen wurde, und von dem 60 Stück oder „ein Schock“ auf eine „Mark“ gingen.[4]) Hierbei unterschied man noch die „schwere Mark“, die 64 Groschen wert war, und den „Virdung“

[1]) 47 II.

[2]) Juritsch, Die Deutschen und ihre Rechte in Böhmen und Mähren im 13. u. 14. Jahrhundert, Wien 1905, S. 15.

[3]) 105 II.

[4]) Dr. Volkmer, Geschichte der Stadt Habelschwerdt S. 130 ff.

(= Viertel), der einen Wert von $^1/_4$ Mark hatte. Neben der Prager Währung findet sich noch die „polnische“ Währung, zittauische („sittische“) und auch die Glatzer Währung.[1])

Mit Anlegung dieses Buches, „do alle dinge kraft und macht ynne haben und do nymant wider mak“,[2]) schritt auch der Glatzer Adel zu dem dem sächsischen Recht eigenen Grundsatze, Rechtsgeschäfte jeglicher Art vor Gericht abzuschließen und ihnen dadurch öffentlichen Glauben und erhöhte Beweiskraft zu verleihen,[3]) so daß eine spätere Einforderung der Schuld nicht auf neue „Eide, noch kein Bezeugnvs, noch kein Bewisvnge dorum“[4]) gestützt zu werden brauchte. Es galt also auch hier der Grundsatz, daß Gerichtszeugnis über alles andere Zeugnis geht. So ergibt z. B. auch folgendes Protokoll, in dem das Gericht um Ablegung eines solchen Zeugnisses ersucht wird, welch großen Wert man auf Gerichtlichkeit der Verhandlungen legte.

„Am demselbin iar am donirstag noch sente Margritentag bekanten di man, di vf der Bank sassen, das Nickel Mulstein deruordert hatte, e dicz kekinwortig Buch gemacht wart, vor eym gehegtem dinge mit Rechte Czwei schok grossen vnd czwelef gros vf Nickels gut von Kunczindorf, das her czu Rouschwicz hat, vnd vf alle sein gut, das her hat czu Glacz im lant. Geczugen her Hank von Knoblouchsdorf vnd her Ticz von Czeschwicz.“[5]) 17. Juli 1348.

Beachtenswert erscheint auch das häufige „kiesen“ von „vberluten“. Überleute sind dasselbe wie Obmänner oder Schiedsleute, welche sich die Parteien bei Abschluß des Rechtsgeschäfts wählen, und die im Falle eines Streites über dieses Rechtsverhältnis denselben schlichten sollen.[6]) In der Regel sind es zwei,[7]) jedoch auch mehr, bis zu sechs.[8])

---

[1]) 49 V.
[2]) 10 II.
[3]) 24 III.
[4]) 27 I.
[5]) 10 II.
[6]) 29 III.
[7]) 3 III.
[8]) 7 III.

Hervorgehoben sei noch, daß die Eintragungen in unser Gerichtsbuch nicht etwa wie heute in Grundbücher in dispositiver Form, sondern protokollartig erfolgt sind unter Aufnahme der Vorgänge, wie sie sich vor dem Mannengericht abgespielt haben.

§ 3.

Materiellrechtliche Bestimmungen.

a) Geschäftsfähigkeit.

In Zusammenfassung des materiellrechtlichen Tatbestandes im ältesten Glatzer Mannengerichtsbuch finden wir, daß von allen 619 Verhandlungen über 500 ins Gebiet des Pfandrechts schlagen und nur der Rest von etwa 80 Protokollen auf andere Rechtsverhältnisse entfällt.

Aus allen Verhandlungen lassen sich an der Hand der in ihnen enthaltenen einzelnen Rechtsinstitute hier und da eingestreut gleichartige Grundsätze materiellrechtlicher Natur herauslesen. Hier sind es vor allem die Grundsätze über die Geschäftsfähigkeit, die den gesamten rechtsgeschäftlichen Verkehr leiten.

Das Mannengerichtsbuch macht hierbei zwei Unterschiede: Bevormundete und nichtbevormundete Personen.[1])

Eine Bevormundung und somit eine Beschränkung in der Geschäftsfähigkeit läßt sich in Übereinstimmung mit dem sächsischen Recht[2]) wieder auf drei verschiedene Momente zurückführen: auf das Alter, das Geschlecht und Geisteskrankheit.

Eine Altersgrenze zur Bevormundung jugendlicher Personen ist aus unseren Protokollen nicht zu erkennen. Doch kann man wohl annehmen, daß gemäß den Grundsätzen des den Deutschen privilegierten und angestammten sächsischen Rechts[3])

[1]) 53 I; 143 II; 133 III.

[2]) Schröder a. a. O. S. 282 ff.; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 1 S. 89; derselbe, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte S. 212, 220 f., 222 ff.; Waitz, Über die Bedeutung des mundium im deutschen Recht S. 375.

[3]) vgl. Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte S. 283; Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte S. 223 f.; Kraut, Die Vormundschaft nach den Grundsätzen des deutschen Rechts Bd. 1 S. 112.

auch im Mannenrecht in der Regel das Alter von 12 bezw. 14 Jahren hierbei maßgebend war. Personen unter dieser Altersgrenze waren geschäftsunfähig und bedurften eines Vormundes, der sie in dem Abschluß von Rechtsgeschäften zu vertreten hatte.[1])

Während heutzutage das Geschlecht keinen Unterschied mehr in der privatrechtlichen Stellung begründet, finden wir im Mannengerichtsbuch noch grundsätzlich den Rechtsstandpunkt des frühen Mittelalters[2]) anerkannt, daß das weibliche Geschlecht zum Abschluß von Rechtsgeschäften des Beistandes eines Vormundes bedarf.

28. Juni 1352. „An dem Selbin tage ist komyn vor eyn gehegit (dink) Nykkil von Stachow vnd vor reychte vnd langte vrowyn Ilzkin, synem elichen wybe, Sechs Hubin czu Ekkirsdorff myt allim rechte vnd herschaft, alz her es gehabit hat, czu eyme Rechtin lypgedinge. Des kust dy Vrowe Czu vormunde Ottin Rathold, Ottin von Nymande. Geczuge Her Hanke von Knoblouchsdorff, Her Heynrich von Muschin.“[3])

Wie sich aber im 14. Jahrhundert allgemein[4]) eine Abschwächung der Geschlechtsvormundschaft bemerkbar macht, so finden wir auch im Mannengerichtsbuch schon zahlreiche Verhandlungen, in denen die Frau auch ohne Mitwirkung eines Vormundes Rechtsgeschäfte abschließt.

14. Febr. 1353. „An dem nehistin donyrstage Noch allir manne vasnacht Ist vor mich hern Hugin von Donyrsteyn vnd vor mynes herren man Komyn in eyn gehegit dink Vrowe Katheryne von Richenaw vnd hot bekant Hermanne, Scholtheysin von Richenaw, Czwue mark grozir swerir ane Czehin grossin uff alle ir guyt czu Richenaw, daz her der nehiste sye noch Nikkil Pesolde. Geczuge Her Jerke von Muschin, Anshelm von dem Ryne.“[5])

---

[1]) 143 II.

[2]) Schröder a. a. O. S. 283; Brunner a. a. O. S. 224.

[3]) 29 II.

[4]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 727, 767; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 511 ff.; Kraut, Vormundschaft Bd. 2 S. 266 ff.

[5]) 32 IV.

Auch für die Bestellung eines Vormundes für einen Geisteskranken findet sich ein Beleg. Wie heut, so hat auch hier der Vormund die Sorge für die Person und das Vermögen des Bevormundeten.

Fol. 20a 1352 Juni 14. „An dem selbin tage Ist geteylt eyn Orteyl ows vnsirs herrin des kunigs hoff czwischin hern Hankin von Knoblouchsdorff vnd Ranfoldin von dem Nymancz, daz her Hanke sal wartin achczehin wochin vnd dornoch Jor vnd tak des syechtumys, ab her czu synen queme in der czyet; kummyt Ranfolt nicht czu synen in der czyet, so sal her Hartung vnd Otte von dem Nymanss, gebruder, Ranfoldin irn prudir vor antwortin vnd syen guyt. Geczuge Her Ticze von Panwicz, her Hensil von der Bele, Hannus von Malthicz.“[1])

Auch den früher bestehenden Grundsatz, daß Geistliche nur unter Zuziehung eines Vormundes Rechtsgeschäfte vornehmen können,[2]) kennt das Mannenrecht nicht mehr. An den wenigen Stellen, in denen Geistliche[3]) als Geschäftspartei auftreten, finden wir sie stets als selbständig handelnde Personen.[4])

Das Institut der Stellvertretung ist, wie überhaupt noch in dieser Periode,[5]) so auch dem Mannengerichtsbuch noch völlig unbekannt. Als Aushilfsmittel diente der Treuhänder. Während er aber in der allgem. Rechtsgeschichte[6]) am häufigsten als

---

[1]) 28 III.

[2]) Schröder a. a. O. S. 209; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 306; v. Wickede, Die Vogtei in den geistl. Stiftern des fränk. Reiches 1886 S. 35 f.

[3]) In der Regel aus dem Orden der Kreuzherren (Kruczeger).

[4]) 138 IV.

[5]) vgl. Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte. 3. Aufl., Leipzig 1898, S. 697. Entgegengesetzt Gierke, Deutsches PrivR., Leipzig 1895, Bd. 1 S. 297; Brunner, Grundzüge S. 179; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 293, 348, 416, 728; Albrecht, Gewere S. 231 ff.; Stobbe, Über die Salmannen (Zeitschr. f. Rechtsgesch. Bd. 7 S. 405 ff.); Beseler, Lehre von den Erbverträgen Bd. 1 S. 261 ff.

[6]) vgl. Brunner, Grundzüge S. 234; Engelmann, Das bürgerl. R. Deutschlands 3. Aufl. S. 730; Schultze, Die langobardische Treuhand und ihre Umbildung zur Testamentsvollstreckung in Gierkes Untersuchungen Bd. 49.

Testamentsvollstrecker auftritt, dem der Erblasser sein Vermögen übergibt mit der Auflage, es nach seinem Tode an die Empfangsberechtigten zu verteilen, finden wir ihn hier nur in der Eigenschaft, daß er für eine Frau und deren Kinder die Veräußerung einer Grundrente vermittelt.[1])

b) Auflassung.

Die regelmäßige Form, deren sich der Adel zur Übertragung des Lehnsbesitzes bedient, ist nicht mehr der auf dem Grundstück selbst unter Vornahme von symbolischen Handlungen vollzogene einheitliche Akt des Veräußerungsvertrages (sala) und der Übergabe (vestitura), sondern der auch sonst[2]) bereits übliche Akt der gerichtlichen Auflassung. In der Regel ist aus den Protokollen nicht ersichtlich, welcher Art das die Auflassung herbeiführende Rechtsgeschäft ist, ob Tausch oder Kauf oder Schenkung. So in dem folgenden.

„An demzelbin tag hot vorreycht Hensil Brunchin Czween hubin czu Hennigzdorf dem Nidirstin Otton von Glubos czu eym Rechtin Erbe, ym vnd sinin Kindin vnd sinin brudir. Geczeug her Ticz von Panewicz, her Hanko von Knoblochzdorf."[3]) 1350 Sept. 2.

Nur selten finden wir in unseren Quellen das Rechtsgeschäft selbst, auf Grund dessen die Parteien die Auflassung vor Gericht vornehmen, mit angegeben.

„An demzelben tage ist komyn vor hern Heynrich von Muschin, den Borcgraven, vnd vor eyn Gehegit dinc Niclos von Cynczindorf vnd vrowe Anna, zeyn Eliche hauswrowe, vnd ir vormvnde her Hanke von Cnobelauchsdorf vnd han vorkauft vnd vor Reycht vyir hvbyn Cynshaftys Gvtis, dy do legyn czu Rvswicz 1351 Jan. 27.

---

[1]) 60 II.

[2]) Schröder a. a. O. S. 289, 737; Engelmann, Das bürgerl. R. S. 553; Heusler, Inst. des deutschen PrivR. Bd. 2 S. 66 ff.; Stobbe-Lehmann, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 105 ff.; Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte S. 190 f.; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 266 ff.; Albrecht, Gewere S. 63 ff.; Huber, Gewere S. 33 ff.

[3]) 17 II.

in dem dorffe, Jocob Wolferam Czetirwangyn Son vnd zeyn Erbyn czu eym Rechtyn Erbe vnd czu Geweryn, als Erbis Recht ist. Auch zeczyn ze ym vyir hvbyn czu dem Dorrin Cvnczindorf vor dy Gewere. Geczug her Tycze von Panewicz vnd her Tycze von Cesewicz.“[1])

Hieraus geht zugleich hervor, daß bei der Auflassung das obligatorische Geschäft („han vorkauft“) gleichzeitig mit dem dinglichen Geschäft der Auflassung („han vorreycht“) vor Gericht vorgenommen wird.

Die Quellen erwähnen zwar nichts von dem nach der Auflassung sonst erfolgenden[2]) Friedewirken des Gerichts. Doch wird man annehmen müssen, daß auch hier der Burggraf zur Sicherstellung der Auflassung gegen Anfechtungen Dritter im Anschluß an die Auflassung ein dreimaliges Aufgebot erließ zu sofortiger Geltendmachung von Einsprüchen bei Vermeidung ihres Ausschlusses und dadurch dem Erwerber hinsichtlich des Gutes Frieden wirkte.

c) Schuld.

Schuld ist ein Rechtsverhältnis, das ein rechtliches Sollen zum Inhalt hat.[3])

Genauer betrachtet, ist es ein zweiseitiges Verhältnis, welches sowohl ein Leistensollen wie auch das Recht auf eine Leistung umfaßt.[4])

Wird das getan, worauf der Inhalt des Sollens gerichtet ist, so ist damit die Schuld auf beiden Seiten erloschen. Auf

---

[1]) 18 III.

[2]) vgl. Schröder S. 738; Engelmann, Bürgerl. R. S. 553; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 81 ff.; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 275; Stobbe-Lehmann, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 375.

[3]) Gierke, Schuld u. Haftung, in Gierkes Untersuchungen Heft 100; v. Amira, Nordgerm. OblR. Bd. 1 S. 33 ff.

[4]) Gierke a. a. O. S. 8; Brunner, Grundzüge S. 200; v. Amira, Grundr. d. germ. R. 1897 S. 136; derselbe, OblR. Bd. 1 S. 43 ff., Bd. 2 S. 71; Puntschart, Schuldvertrag u. Treugelöbnis des sächs. R. im Mittelalter S. 211 ff.

der einen Seite ist geleistet worden, was zu leisten war, auf der anderen Seite ist empfangen worden, was dem Gläubiger dem Recht gemäß zukam. Infolgedessen kann der Schuldner seine Leistung nicht mehr zurückfordern, ebensowenig wie der Gläubiger imstande ist, durch Rückgabe des Empfangenen die erloschene Schuld wieder zur Entstehung zu bringen.

Leistet jedoch der Schuldner nicht, so entsteht ein Zustand, der dem Inhalt des Rechtsverhältnisses nicht entspricht, der Schuldner hat nicht getan, wozu er rechtlich verpflichtet ist.[1])

Um für diesen Fall die Leistung des Schuldners erzwingen zu können, muß der Gläubiger etwas haben, an das er sich bei Nichterfüllung der Schuld halten kann.[2]) Gegenstand seiner Zugriffsmacht kann sowohl die Person des Schuldners selbst oder eines Dritten, wie auch ein Vermögensobjekt des Schuldners oder eines Dritten sein.

Hiernach unterscheidet man entweder Personalhaftung, wie dies beispielsweise bei der Bürgschaft der Fall ist, oder Sachhaftung,[3]) wie beim Pfandrecht.

d) Bürgschaft.

Von besonderer Bedeutung für die damalige Zeit war, der Zahl der einschlägigen Verhandlungen nach zu schließen, das Institut der Bürgschaft.

Da in den zahlreichen Fällen, in denen ein Jude Gläubiger eines Adligen war, der Jude als solcher kein Zugriffsrecht auf das adlige Gut hatte, so suchte ihn der Adlige in der Weise sicherzustellen, daß er dem Gläubiger einen Bürgen bestellte,

---

[1]) Gierke a. a. O. S. 9; v. Amira a. a. O. Bd. 1 S. 37.

[2]) Gierke S. 11; Brunner, Grundzüge S. 205; v. Amira, OblR. Bd. 1 S. 22 ff., Bd. 2 S. 45 ff.; derselbe, Grundr. des germ. R. S. 132 ff.; Puntschart a. a. O. S. 107 ff.; Egger, Vermögenshaftung u. Hypothek nach fränk. R., in Gierkes Untersuchungen Heft 69 S. 21 ff.

[3]) Daneben unterscheidet Gierke S. 11 noch als dritte Art die Vermögenshaftung in Übereinstimmung mit Egger a. a. O. S. 21 ff. und Rintelen, Schuldhaft u. Einlager, gegenüber v. Amira Bd. 1 S. 22 ff. und Puntschart S. 107 ff.

dem er nach sächsischem Grundsatz[1]) wiederum für den Fall seiner Inanspruchnahme ein Pfandrecht an seinem Gute einräumte.[2]) Der Bürge begründete seine Verpflichtung durch Vertrag. Derselbe wurde hier wie in den Ländern des sächsischen Rechts[3]) in der Form eines besonderen Treugelübdes[4]) gegenüber dem Gläubiger abgeschlossen, durch das sich der Bürge mit Leib und Gut für die Schuld dem Gläubiger verpfändete. Anders nach fränkischem Recht,[5]) wo der Bürgschaftsvertrag in der Form der Gewette abgeschlossen wurde, indem die festuca von dem Schuldner an den Gläubiger und von diesem weiter an den Bürgen übergeben wurde. Die Ausdrücke, mit denen im Mannengerichtsbuch eine Bürgschaftsschuld angedeutet wird, sind: „Bürgschaft",[6]) „vorsaczunge",[7]) „werunge"[8]) (= Gewährleistung), „stehn in den Juden",[9]) „gelobt haben in den Juden",[10]) „vorsaczt werden in den Juden".[11])

Häufig bestellte der Schuldner mehrere Bürgen nebeneinander, welche, wie auch heute noch, untereinander als Gesamtschuldner hafteten. Der Mitbürge hatte dabei analog dem deutschen Recht[12]) ein gesetzliches Regreßrecht gegen die übrigen Bürgen.[13])

---

[1]) vgl. Schröder S. 302; Brunner, Grundzüge S. 205; derselbe, Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 448.

[2]) 56 II.

[3]) vgl. Schröder a. a. O. S. 306; ferner Puntschart, Schuldverhältnis u. Treugelöbnis d. sächs. R. S. 393; Gierke, Schuld u. Haftung S. 75, 202 ff.

[4]) 45 III.

[5]) Brunner, Grundzüge S. 205; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 303 f.; v. Amira, Der Stab in der germ. Rechtssymbolik 1909 S. 151 ff.

[6]) 56 II.

[7]) 46 III.

[8]) 16 I.

[9]) 15 II.

[10]) 45 III.

[11]) 78 III.

[12]) Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte S. 751.

[13]) 68 VI.

e) Pfandrecht.

α) Pfändung im Exekutionsverfahren.

Das Mannenrechtsbuch enthält eine verhältnismäßig sehr geringe Anzahl von Verhandlungen, welche einen Besitzwechsel an Grundstücken zum Gegenstande haben. Um so zahlreicher sind die Verhandlungen, welche Pfandzwecke verfolgen (ca. 500 an der Zahl). Aus diesem Verhältnis folgt, daß der verschuldete Adel in seinem Bestreben, seine Güter den Nachkommen ungeschmälert zu erhalten, lieber zu dem Mittel griff, die Liegenschaften zu verpfänden, als sich durch ihre völlige Veräußerung die Schuldenlast abzuwälzen.

Die Verhandlungen pfandrechtlichen Inhalts lassen sich je nach ihrer Entstehung in zwei große Gruppen einteilen: solche, in welchen durch Verpfändung, d. h. durch Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner, ein Pfandrecht an dem Gute des Schuldners begründet, und solche, in denen durch gerichtliche Pfändung von schuldnerischem Gut dem Gläubiger ein Zugriffsrecht daran eingeräumt wird.[1]) Zwar gab es im deutschen Recht auch einzelne Fälle zulässiger außergerichtlicher Pfändung. Doch erscheint, abgesehen von diesen Ausnahmen, im Mittelalter die gerichtliche Pfändung als allgemeine Regel und als das grundsätzlich zur Verwirklichung aller Vermögenshaftung bestimmte Rechtsinstitut.[2]) Vorausgeschickt sei, daß Gegenstand unserer Pfandrechtsprotokolle sowohl bewegliche wie unbewegliche Sachen sind, daß aber hinsichtlich der Natur des Pfandrechts sich ein Unterschied zwischen Mobiliar- und Inmobiliarpfandrecht aus dem Mannengerichtsbuch nicht herauslesen läßt, wie er sich sonst in der germanistischen Literatur findet.[3])

---

[1]) v. Meibom a. a. O. S. 32; Gierke, Schuld und Haftung S. 22 ff., 34 ff.; Brunner, Grundzüge S. 209.

[2]) vgl. v. Meibom S. 190 ff. und die daselbst aufgeführten Fälle der Privatpfändung; ferner Brunner, Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 445 ff.; Siegel, Gerichtsverfahren S. 35 ff.; Bayer, Das Recht aus erlaubter eigenmächtiger Pfändung 1899 S. 49 ff.; Stobbe, Deutsches PrivR. Bd. 5 S. 588.

[3]) v. Meibom, Das deutsche Pfandrecht 1876 S. 71 ff., 97 ff.; Gierke, Schuld und Haftung S. 23 ff.; derselbe, Deutsches PrivR. S. 955 ff.; Heusler,

Der Zahl der Verhandlungen nach überwiegt die gerichtliche Pfändung.

Nahezu 400 Protokolle zeigen uns die verschiedenen dem deutschen Recht bekannten Arten einer gerichtlichen Pfandnahme.[1])

Die Pfändung geschieht entweder auf prozessualem oder auf außerprozessualem Wege.

Prozessualiter erfolgt die Beschlagnahme des schuldnerischen Gutes durch Urteil, sei es nach vorangegangenem Kontumazialverfahren oder nach stattgefundener kontradiktorischer Verhandlung. Das Kontumazialverfahren zum Zwecke richterlicher Pfändung hat sich entwickelt aus dem Ungehorsamsverfahren zum Zwecke der Friedloslegung, welches die Vermögenskonfiskation des Geächteten und die Befriedigung des Bußgläubigers herbeiführte.[2])

Das Kontumazialverfahren als Zwangsmaßregel, wie es etwa 30 Verhandlungen ergeben, findet statt, wenn der Schuldner auf die Klage des Gläubigers hin vor Gericht nicht erschienen ist. Nach Sachsenrecht hatte jeder in seiner Abwesenheit Verklagte ein Recht auf drei Gerichtstage,[3]) und erst wenn er im dritten Termin nicht erschienen war, konnte er im Versäumnisverfahren verurteilt werden. Das gleiche Verfahren finden wir auch in unseren Verhandlungen angewandt, in denen es heißt: „Er hat erfordert und mit Recht alle seine Tage erstanden auf usw“.[4]) oder „er hat mit Notrecht erstanden“.[5]) Deutlicher besagt dies

---

Inst. S. 201 ff.; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 286, 300; Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte S. 209 ff.; Hübner, Grundzüge S. 365 ff.; Engelmann, Bürgerl. R. S. 600.

[1]) v. Meibom a. a. O. S. 43 ff.

[2]) vgl. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 461; O. Gierke, Schuld und Haftung im älteren deutschen Recht S. 37 ff.; v. Amira, OblR. Bd. 1 S. 109 ff.; derselbe, Vollstreckungsverfahren S. 256 ff.; v. Bethmann-Hollweg, Der gemeine römische Zivilprozeß im Mittelalter Bd. 1 S. 521 ff.; Planitz, Entwicklung der Vermögensvollstreckung im salfränkischen Recht 1909 S. 39 ff.; Schröder, Rechtsgeschichte S. 384.

[3]) vgl. Planck, Das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter (1879) Bd. 1 S. 341; v. Meibom S. 45; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 383.

[4]) 85 VI.

[5]) 155 II.

noch der am häufigsten gebrauchte Ausdruck: „Er hat erstanden den einen, den anderen, den dritten und den vierten".

„In daz zelbe gehegte ding ist komen Jasse von Czeswicz vnd hoth erstandin eyn tag, den andirn, den dritten, den virden vff Otten von Maltewicz vnd vff Melotyn vff den nehsten czins vff sende Walpurgen tag. Ab das nicht gesche, zo zal man eme gnug phandis helffen. Dez sint geczeug Nicol Czenebuz, Hannos Maltewicz."[1] 1389 Jan. 28.

Wenn in unseren Quellen stets[2] von vier Rechtstagen gesprochen wird, so ist dies daraus zu erklären, daß man den Termin, an dem der Kläger zum ersten Male vor Gericht erschien, um seine Klage vorzubringen, mitzählte, während das magdeburgisch-sächsische Recht bei der Berechnung der drei Gerichtstage richtigerweise den Termin, an welchem Kläger gegen den abwesenden Beklagten seine Klage vorbrachte, nicht mitzählte.[3] In diesem Sinne spricht z. B. auch der Sachsenspiegel nur von drei Gerichtstagen:

„Svene man vor gerichte scüldeget, unde inne die richtere to rechter antworde gebut, ne wel he nicht antwerden noch mit rechte untreden sik, dat he icht antwerden sole, so delt man ine weddehaft, also dut man to dem anderen unde tome dridden male, unde ne antwerdet he den noch nicht, so is he gewunnen in der scult".[4]

Das Urteil, welches das Versäumnisverfahren beendet, ergeht ebenso wie im magdeburgischen Recht,[5] nicht auf das Bestehen der Schuld, sondern es enthält sofort die die Pfandnahme des schuldnerischen Gutes anordnende Verfügung des Gerichts.

„In daz selbe gehegete ding do ist vor vns komen Mathis Lybeste vnde ... habin irstandin eynen tag, den andrin, den drytten, den virden ... Do gab en vrteil vnde recht, daz se habin irfordirt vnd erlangit mit dem Rechten XIJ schog groschin ane VI groschin 1386 Jan. 25.

---

[1]) 157 V.

[2]) Ausnahme 146 V.

[3]) Planck a. a. O. Bd. 1 S. 341.

[4]) Homeyer, Sachsensp. I. Teil (Landrecht), Berlin 1861, 3. Ausg. Buch III Art. 39 § 3.

[5]) v. Meibom a. a. O. S. 44 ff.; Albrecht, Gewere S. 274.

vff ... von Glubz vff erem gute zu Talheym, zu Lewthin, vff er leipgedinge, daz se daz sullen vff heben vff di nesten czinse. Ab daz gelt nicht geczalet wurde, zo zal man en genug phandis helffen vff Talheym vnd Lewthin, di se mogin vorseczhen vor er gelt vngehindert von allen levthin. Testes Wolferam Schoff, Niklos von Knoblauchsdorff."[1])

Die Beschlagnahme, welche früher dem Schuldner den Besitz des gefronten Gutes entzog,[2]) bestand zu unserer Zeit meist darin, daß dem Schuldner der Besitz belassen und ihm nur die freie Verfügung daran entzogen wurde. Eine gegen das Verbot vorgenommene Veräußerung war ungültig, der Dritte, welcher die Sache erlangt hatte, mußte sie herausgeben.[3])

Die Beschlagnahme ist jedoch nur eine vorläufige,[4]) sie erfolgt in der Regel mit der Maßgabe, daß der Schuldner ihre Wirkungen dadurch beseitigen kann, daß er die geschuldete Summe[5]) oder, wie in obigem Beispiel, die von den Bauern geschuldeten Zinse binnen einer Frist zahlt. Leistet er innerhalb dieser nicht, so „soll man ihm Pfandes helfen". Die Bedeutung dieser Worte ist weiter unten zu behandeln.[6])

Die Pfändung einer Sache ist auch dann zulässig, wenn bereits ein Pfandrecht daran besteht.[7]) In solchem Falle entscheidet über die Rangordnung der Pfandrechte untereinander der Zeitpunkt ihrer Entstehung.

Fol. 57a. 1362 Mai 12. „An dem selbin tage haben Friczcze Melnik vnd Wenczlaw Herold irfordirt mit rechte drytehalb Schok vnd acht groze vnd czwey Schok hindirnis of frowen Eneden von Maltewicz vnd of Byrkewicz, vnschedelich andirn, dy vor vf das gut

---

[1]) 149 III.

[2]) v. Meibom S. 98 f., 104; Brunner, Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 458 f.; Gierke, Schuld und Haftung S. 47; Schröder S. 382.

[3]) Gierke, Schuld und Haftung S. 47; Schröder S. 745.

[4]) Gierke S. 47; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 382; Brunner, Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 459; v. Meibom S. 100.

[5]) 128 II.

[6]) s. S. 24.

[7]) 110 III.

irfordirt haben. Geczug her Ticze von Panewicz vnd her Hartung vom Nymandis."[1])

Etwa 170 weitere Verhandlungen zeigen ein Bild einer Pfändung des schuldnerischen Gutes durch Urteil nach vorangegangener kontradiktorischer Verhandlung. Zwar geht aus den Protokollen nicht mit Klarheit hervor, daß die Parteien streitig vor Gericht verhandelt haben. Es findet sich vielmehr, wie auch sonst in deutschen Gerichtsbüchern,[2]) stets nur ein abgekürzter Vermerk des Landschreibers über das stattgefundene Streitverfahren, wie in der Regel mit den Worten: hat erfordert und mit Recht erlangt".

„In daz selbe gehegete ding ist vor vns komen Jacob, der Richter von Ulrichsdorff, vnde hat erfordert vnde erlangit mit dem Rechten vier marg groschin vff den fleischbenken czu Glacz, di hern Hanken gewest sein, daz her sein gelt vs nemen sal. Ab daz nicht geschee, zo zal man em genug phandis helffen vm daz gelt vngehindert von allen lewtin. Testes Wolferam Schoff, Hannos Malthwicz."[3]) 1385, Okt. 5.

Jacob v. Ulrichsdorff hat geklagt („erfordert") wegen seiner Forderung und ein Urteil „erlangt".

Eines Urteils bedurfte es nach Sachsenrecht nicht, wenn der Schuldner, nachdem er sich hat einmal verklagen lassen, vor Gericht ein Anerkenntnis ablegte. In diesem Falle erließ vielmehr das Gericht unmittelbar nach dem Anerkenntnis den Zahlungsbefehl an den Schuldner, welcher demselben aufgab, den Gläubiger innerhalb einer bestimmten Frist bei Vermeidung der sofortigen Zwangsvollstreckung zu befriedigen.[4]) Ebenso kommt es auch nach Mannenrecht nach erfolgtem gerichtlichen Geständnis des Schuldners zu keinem anerkennenden Urteil mehr. Vielmehr ist das Verfahren mit dem richterlichen Ausspruch, daß der Schuldner die bekannte Schuld bezahlen solle, bis auf weiteres erledigt. Wie z. B. auch im folgenden Fall:

---

[1]) 93 III.

[2]) Fabricius, Das älteste Strahlsundische Stadtbuch (1872) S. 37 ff.

[3]) 147 V.

[4]) v. Meibom S. 44 ff.; Planck Bd. 2 S. 239 ff.

Fol. 17 a. 1351, Juni 30. „An demzelben Tage Bekant' Vrowe Elzke von Richnaw Elzen Koleryn II Marc, di ze ouch diruordirt vnd dirlangit hatte vor Gehegtym Dinge. Gezug her Herman Cenebus, Otto von Gloubz.“[1])

Dieselben Wirkungen wie das auf prozessualem Wege abgelegte Geständnis der Schuld hat bezüglich der Pfandnahme des schuldnerischen Gutes die außerhalb des Prozesses vor Gericht freiwillig bekannte Schuld.

Diese liegt in Übereinstimmung mit dem sächsichen Recht[2]) sowohl dann vor, wenn der Schuldner vor Gericht ein Schuldanerkenntnis ablegt, wie auch dann, wenn er vor gehegtem Dinge ein Zahlungsversprechen (Gelöbnis) leistet. Verlangte der Gläubiger unter Berufung auf dieses Bekenntnis die Beitreibung der Schuld, so bedurfte es in Deutschland keiner prozessualen Verhandlung mit dem Schuldner und keines Urteils über das Bestehen der Forderung. Das Gericht erließ auf das bloße Bekenntnis hin den Zahlungsbefehl an den Gläubiger, auf den nach Ablauf der Zahlungsfrist die Exekution folgte.[3]) In gleicher Weise ergeht auch im Mannengerichtsbuch unmittelbar auf das freiwillige Bekenntnis des Schuldners an diesen die Drohung, daß bei nicht pünktlicher Befriedigung des Gläubigers die Zwangsvollstreckung erfolgen werde, wie auch aus den beiden folgenden Protokollen ersichtlich ist.

Als Beispiel für den Fall des freiwilligen Anerkenntnisses, der sich in ca. 170 Verhandlungen findet, diene folgende:

Fol. 8b. 1350, Mai 20. „In dem MCCCL. iar noch gotis geburt an dem durnstag in den pfingst heiligin tagin hat Niclos von Kunczindorf bekant vor eym gehegtin dinge Nikil Libstin vnd Waltir (Zu)mer III Schock vnd X grossen. Ab her dy vf sent Michels tag in nicht engebe, czo sal man in pfandis helfin vf sime gute vor dasselbe gelt. Geczeuk her Hanke Knoblauchsdorf, Hartung von Nymancz.“[4])

---

[1]) 22 V.

[2]) Planck a. a. O. Bd. 2 S. 242; v. Meibom a. a. O. S. 47.

[3]) v. Meibom S. 43.

[4]) 12 I.

Von den ungefähr 15 Verhandlungen, welchen die Beschlagnahme auf ein Zahlungsversprechen des Schuldners hin zugrunde liegt, sei folgende angeführt.

„An dem Selbin tage trat Ruprecht Rolle vor mich vnd myns herren man vnd globte zcu geben Henniln Koczin Sechs Schillinge grosszen bey allem sinem gute; ap her seh im nicht engebe, So sal man ym pfandes helfin. Geczug her Hensil von der Bele vnd Cunrad von Czeschaw.“[1] 1359, Juni 17.

Hinsichtlich der Befriedigung aus den wie vorbeschrieben verschiedenartig begründeten Pfandrechten lassen sich folgende gemeinschaftliche Merkmale herauslesen. Die endgültige zwangsweise Befriedigung des Gläubigers, welche auf die einstweilige Beschlagnahme des schuldnerischen Gutes folgt, geschieht hier wie in Deutschland[2] erst nach einer gewissen Zeit und ist dadurch bedingt, daß der Schuldner den Gläubiger innerhalb derselben nicht bezahlt.

Diese Zahlungfrist, welche in Deutschland der sonst übliche Zeitraum von Jahr und Tag ist,[3] wird nach Mannenrecht entweder vom Gericht oder den Parteien dem Schuldner bestimmt und ist in den meisten Fällen eine genau begrenzte wie folgt:

„In daz zelbe gehegete ding ist vor vns komen Thoma von Hugwicz vnd hat bekant, daz her schuldig ist warer schult V schog vff dy Styna vff sende Michilstag vff sime nehsten czinse dem erbern Waczla Bele. Ap daz nicht geschee, zo zal man eme gnug phandis helffen vngehindert. Dez sint geczeug Niclos Czenebus, Hannos Maltewicz.“[4] 1388, Juli 2.

Weniger gebräuchlich ist es, diese Zahlungsfrist in das Belieben des Gläubigers zu stellen, „wen her (Gläubiger) daz mutende ist“, d. h. wenn er darum nachsucht.

---

[1]) 63 IV.

[2]) Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 1 S. 457 ff.; derselbe, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte 3. Aufl. S. 169; O. Gierke a. a. O. S. 46 ff.

[3]) v. Meibom S. 111; Gierke, Schuld und Haftung S. 47; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 745; Brunner, Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 459; Planck, Deutsche Gerichtsverfassung im Mittelalter Bd. 2 S. 1, 256 ff.

[4]) 153 III.

1388, November. „In daz zelbe gehegte ding ist komen Lucas Molstein vnd hot erstanden eynen tag, den andirn, den dritten, den virden, alzo daz eme geteilet ist seyne sachin, er furdert vnd erlanget X schok vff Ditherichs gut von Panewicz ... Wen her daz mutende ist, zo zal man eme gnug phandes helffin vngehindirt von allen leuten. Dez sint geczeug Niclos Czenebos, Rempil Ratold."[1])

Zahlt nun der Schuldner innerhalb dieser Frist, so wird das Pfandgut frei[2]) und der vom Richter über das Grundstück verhängte Bann wird wieder aufgehoben;[3]) läßt er aber die Frist verstreichen, so erfolgt nunmehr die endgültige zwangsweise Befriedigung des Gläubigers. Diese geschah nach sächsischem Recht in der Weise, daß nach einem meist erforderlichen mehrmaligen vergeblichen Aufgebot[4]) das Grundstück endgültig eingezogen wurde, und zwar zunächst im Wege der gerichtlichen Übereignung an den Gläubiger, an deren Stelle dann allmählich der gerichtliche Verkauf des Pfandes und schließlich die gerichtliche Ermächtigung zur Veräußerung und anderweitigen Verpfändung des Gutes trat.[5]) In dieser Weise erfolgt auch die Befriedigung des Gläubigers nach Mannenrecht, indem das Gericht ihm „Pfandes hilft",[6]) d. h. ihm zu seinem Pfande verhilft. Dem Gläubiger wird durch Urteil die Ermächtigung eingeräumt, das Pfand „zu verkaufen, verwechseln, versetzen für sein Geld ohne alle Widerrede",[7]) um sich auf diese Weise „an dem Gute zu erholen".[8]) Den eventuellen Mehrerlös aus dem gepfändeten Gute hat er an den Schuldner herauszugeben,[9]) wie dies auch folgende Verhandlung ergibt.

---

[1]) 155 VI.

[2]) 63 II.

[3]) Brunner, Rechtsgeschichte Bd. 2 S. 459; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 383 Anm. 80; v. Meibom S. 109ff.

[4]) Gierke S. 24f., 48; v. Meibom S. 112; Planck, Deutsche Gerichtsverfassung Bd. 2 S. 256.

[5]) Gierke S. 48; v. Meibom S. 112f.; Planck Bd. 2 S. 253ff.; Brunner Bd. 2 S. 459f.; Schröder S. 382, 745.

[6]) 155 VI.

[7]) 132 IV.

[8]) 128 II.

[9]) 107 III.

„An dem selbin tage haben irvordert vnd mit rechte ge- 1366, Okt. 29.
wunnen Heynrich von Predil vnd Mathys von Panewicz vf Wolfram Schof vnd vf IIJ hube vmvorkummertis gutis czu Kunighayne, dy sy em mit dem Rechtin angewunnen habin, vnd en vnsers heren man geteylet habin czu vorkoufen vor XVIII swere marc adir czu vorsaczen, vnd das sal auch Wolferam werin Jar vnd tag, als recht ist, vnd was sy is hoher vorseczin adir vorkeufin, das sullen sy Wolfram an das vberige weysin. Geczug her Hensil von der Bele vnd Hartmann von Ronaw."[1])

Mitunter ist in unseren Verhandlungen von einem Schuldbrief die Rede, der bei Erhebung der Klage vom Kläger vorgelegt wird.[2]) Er ist ein Beweispapier, das der Schuldner bei Eingehung einer Verbindlichkeit dem Gläubiger ausstellt und das dieser bei der Zahlung zurückzugeben hat.[3]) Geht die Schuldurkunde verloren, so kann die gerichtliche Feststellung des Verlustes durch Eintragung in das Gerichtsbuch herbeigeführt werden.[4])

β) Die Verpfändung.

aa) Arten.

Während im vorangegangenen von dem durch gerichtliche Pfändung begründeten Pfandrecht die Rede gewesen ist, soll nun das durch Vertrag vor Gericht begründete Pfandrecht, die Verpfändung oder Pfandsatzung bezw. Satzung erörtert werden.

In dieses Gebiet fallen etwa 75 Verhandlungen. In ihnen finden wir alle drei Arten des Pfandes, welche auch die allgemeine Rechtsgeschichte aufweist[5]): das Eigentumspfand, die ältere Satzung und die jüngere Satzung. Daß neben jenen

---

[1]) 107 III.

[2]) 105 II.

[3]) 4 II.

[4]) 138 IV.

[5]) vgl. Gierke, Schuld und Haftung S. 22ff.; derselbe, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 809; Heusler, Inst. Bd. 2 §§ 101ff.; Engelmann, Bürgerl. R. S. 600f.; Albrecht, Gewere S. 130ff.; Brunner, Grundzüge S. 210f.; v. Meibom, Pfandrecht S. 270ff.; Kohler, Pfandrechtliche Forschungen S. 82ff.; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 300, 743ff.

beiden älteren Formen des Pfandrechts auch schon die erst seit der Zeit der Rechtsbücher aufgekommene Verpfändungsform der jüngeren Satzung im Gebrauch ist, erklärt sich aus der Tatsache, daß die Entstehung des Mannengerichtsbuchs bereits in die Zeit nach der Entstehung der Rechtsbücher fällt.

aa) Das Eigentumspfand.

Das Eigentumspfand ist die älteste Form des Pfandrechts an Liegenschaften. Es zeigt sich in der Rechtsgeschichte ursprünglich in der Gestalt einer unter der auflösenden Bedingung der Schulderfüllung erfolgten Übereignung. Der Gläubiger erlangt an dem Grundstück sofort die Eigengewere, die jedoch an den Schuldner wieder zurückfällt, wenn dieser die Schuld erfüllt.[1]) Daraus hat sich dann die auch dem Mannengerichtsbuch bekannte spätere Form des Verkaufs unter Vorbehalt des Wiederkaufsrechts entwickelt. Der Schuldner überträgt seinem Gläubiger im Wege der Auflassung das Grundstück zu Eigentum; diese Eigentumsübertragung hat aber nur einen provisorischen Charakter, sie ist resolutiv bedingt und erfolgt nur zu treuer Hand mit der Verpflichtung des Gläubigers zur Rückübertragung.[2]) So auch in folgendem Protokoll:

1352, Mai 3. „An dem nehistin donyrstage noch sende Walpurgin tage Ist vor mich Rupprecht Donyrstein, Burkreue czu Glacz, vnd vor mynes herrin man in eyn gehegit (dink) Komyn Franczko von Waldicz vnd hat vorkauft vnd vorrevcht Hevnen, schulthevsin von Kunczindorff, evn Czinshafte

---

[1]) Gierke, Schuld und Haftung S. 26 f.; derselbe, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 812 f.; Brunner, Zeitschr. f. HR. Bd. 22 S. 546 ff.; Franken, Geschichte des französischen Pfandrechts Bd. 1 S. 170 ff.; Egger, Vermögenshaftung und Hypothek nach fränkischem Recht. Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte Bd. 69 (1903) S. 315 ff.; Hazeltine, Geschichte des englischen Pfandrechtes; Gierke, Untersuchungen zur deutschen Rechtsgeschichte S. 141 ff., 239 ff.

[2]) vgl. Gierke, Schuld und Haftung S. 27; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 300; v. Meibom S. 270 ff.; Brunner, Grundzüge S. 210; derselbe, Forschungen S. 33, 623 f.; Kohler, Pfandrechtliche Forschungen S. 82 ff.

Hube czu Waldicz vmb acht schock pfenninge czu eyme wedirkowfe, von hewte vbir drve Jar. Were abir, daz her der hubin nicht wedir kowfte czu der selbin cziet, so sal es Heynen, dem vorgenandin, recht erbe syen, vnd Franczke globit, en der hubin czu wern, als in dem lande zu Glacz recht ist. Auch hot sich Ilzke, Franczkin Howsvrow, der selbin hubin vorczegin, wen es ir lyepgedinge gewest ist. Geczuge Hannus von Maltwicz, Otte von Czeschaw.“ [1])

Im vorliegenden Falle ist das Wiederkaufsrecht, wie auch sonst sehr häufig, auf drei Jahre befristet, so daß es erst nach Ablauf dieses Zeitraums geltend gemacht werden kann. Wird diese Frist nicht genau innegehalten, m. a. W. wird das Wiederkaufsrecht nicht genau an dem entsprechenden Kalendertage geltend gemacht, so erlischt es, und das verpfändete Gut wird „zu einem rechten Erbe“ des Käufers, das er nicht mehr herauszugeben braucht. Günstiger für den Wiederkäufer ist die Bestimmung, daß er „mak wedir kowfin bin dryen iaren“, und Käufer dann das Gut „sal wedir czu losin gebin“.[2]) Der Wiederkaufsberechtigte ist in diesem Falle in der Lage, von seinem Rechte zu jeder beliebigen Zeit Gebrauch zu machen, wann es ihm gefällt, und das Gut gegen Zahlung des vereinbarten Wiederkaufspreises „einzulösen“, vorausgesetzt, daß er die Frist von drei Jahren nicht verstreichen läßt.

Eine andere Fristbestimmung finden wir anderwärts [3]) in der Abmachung, daß der Verkäufer das Kaufobjekt „nicht wedir kaufin sal yn sweyn Jarin, sondir yn dem dritten iare“, oder in der Vereinbarung, daß das Wiederkaufsrecht nur alle Jahre zwischen zwei bestimmten Terminen, „cwischen Sente Michils tak und Wynachten, alle iar“, geltend gemacht werden soll.[4]) In der Regel sind Verkaufspreis und Wiederkaufspreis gleich hoch.[5]) Neben der Sicherungsübereignung unter einer auflösenden Bedingung kennt die allgemeine Rechtsgeschichte auch die seltenere,

[1]) 27 III.
[2]) 38 I.
[3]) 90 I.
[4]) 94 II.
[5]) 71 I.

suspensiv bedingte Übereignung. Bei dieser wurde vereinbart, daß das Eigentum an dem Grundstück auf den Gläubiger übergehen soll, wenn nicht binnen einer bestimmten Frist die Schuld getilgt sei. Der Schuldner behielt also zunächst noch die Gewere. Diese Art der Sicherung fand ausschließlich bei einer bloß möglichen künftigen Schuld Anwendung und ist mit dieser dem Mannengerichtsbuch völlig unbekannt.[1]) Mitunter sehen wir beide Arten des Verkaufs, den endgültigen Verkauf und den Verkauf auf Wiederkauf, in scharfem Gegensatz nebeneinander.[2])

1354, Febr. 13. „An sente Valentini obint Ist vor mich hern Benessin von Chusnik, hawbitman czu Glacz, vnde vor mynes herrin man komyn in eyn gehegit dink Hannus von Malthowicz vnde hot vor Kawfit Rechtlich vnde redelich vnde vorreycht Nickil Langin vunfdehalbe hube Czinshaftir in dem dorfe czu Gebbehartisdorf, czwue hubin czu eyme rechtin erbe vnde drittehalbe hube offe eynyn wedirkawf noch dryen Jarin, vnde hot gegeben ymb yhe dye hube vmb achtehalp schok; vnd daz Nickil Langin der kawf der funfdehalbin hubin stete gehaldin werde, hot ymb Hannus von Malthowicz vorsaczit funfdehalbe hube czu Ekkehartisdorff, gesaczczit vor dye gewere. Geczuge her Ottakkir von Gluboz vnde Hartung vom Nymande.“[3])

ββ) Die ältere Satzung (Nutzpfand).

Neben dem Eigentumspfand findet sich als zweite Art einer Pfandbestellung das Nutzpfand, die sogen. ältere Satzung.

Während aber beim Eigentumspfand der Pfandgläubiger die rechtliche Stellung eines Eigentümers erlangt, verbleiben beim Nutzungspfand die Eigentumsrechte beim Schuldner. Der Gläubiger übt die tatsächliche Herrschaft über das Grundstück

---

[1]) Gierke, Schuld und Haftung S. 27; derselbe, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 818; Brunner, Grundzüge S. 210; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 147 ff.

[2]) Hierüber auch v. Meibom, Pfandrecht S. 272.

[3]) 44 II. Der Schluß der Verhandlung enthält eine Pfandbestellung für die Gewährschaftspflicht des Verkäufers.

aus, hat aber kein Recht zur Veräußerung der Sache.[1]) Er erlangt an dem verpfändeten Gute nur die Nutzgewere.

„An demselben Tage quam vrowe Elczke von Rachnaw vor eyn Gehegit dinc vnd vorsaczt alle jr Lipgedinge czu der Nedirsten Stinaw hern Johannes, dem pharrer von Cunczindorf, vor Cwenczig Marc, das her daszelbe Gut sal als lange haben, bis her daszelbe gelt gancz vnd gar vs gehebit, of Sente Michils Tac, der nu neste wirt, an zu Tretyn. Geczug her Hanke von Cnoblouchsdorf, Hartung von Nymancz.“[2]) 1351, April 28.

Ebenso deutlich weisen auf die Übertragung des Nutzbesitzes die anderwärts erwähnten Worte hin „saczten ym ir gut mit allen Czinsen, Genis, Erung vnd mit allir herschaft ym czu habin vnd czu genisen“,[3]) gleichwie die Wendung „vorreichten czu einer saczunge Czehen Hubin mit Czinsen vnd mit aller herschaft vnd mit allen gnysen czu halden vnd czu habin“.[4])

Die ältere Satzung ist im Mannengerichtsbuch in ihren auch sonst üblichen[5]) zwei Arten, der Zinssatzung und der Totsatzung zu erkennen.

Bei der Zinssatzung (mortgage) sind die Nutzungen ein Ersatz für die Zinsen, die eigentlich für die Kapitalschuld zu zahlen wären, so daß die Schuld selbst in ihrer vollen Höhe bestehen bleibt. Bei der Totsatzung (vifgage) dagegen bilden die Nutzungen die allmähliche Amortisation der Kapitalschuld selbst, so daß diese nach Zahlung der bedungenen Anzahl von Zinsen getilgt ist und das Pfand an den Schuldner als frei zurückfällt.

Die Grenze zwischen diesen beiden Arten ist jedoch in unseren Protokollen flüssig. Meistens finden wir nämlich infolge

---

[1]) Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 815; derselbe, Schuld und Haftung S. 28; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 140; Huber, Schweizerisches PrivR. Bd. 4 S. 786 Anm. 4.

[2]) 20 II; Satzung auf Totschlag (vifgage).

[3]) 7 III.

[4]) 9 V.

[5]) Gierke a. a. O. S. 28f.; derselbe, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 814; v. Meibom S. 399ff.; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 143; Brunner, Grundzüge S. 210; Engelmann, Bürgerl. R. S. 600f.; Franken, Geschichte des französischen Pfandrechts S. 7ff., 123ff.; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 744.

der undeutlichen Fassung der Protokolle seitens des Landschreibers keinen deutlichen Hinweis auf die Art, wie die Zinsen auf die Schuld anzurechnen sind. Nur wenige Stellen sprechen klar für diese oder jene Art des Pfandes. Zinssatzung läßt sich z. B. aus folgender Verhandlung erkennen:

1362, März 10. „An dem selbin tage ist Komyn vor mich Wolfhart von Czedelicz vnd vor mins hirn man yn eyn geheit ding Hannus Rolle von Glubiz vnd bekante Ditrich, syme brudir, daz em Ditrich gebin hot sebin schog grossin vnd sex grossin progischir vf eyn halbe hube, dy in sime forberg lac an dem nedirsten reyn. Der selbin halbin hubin sal Ditrich gebruchin vnd genisin daz gancze iar yn al den genisczen vnd lachin, alze Hannus gehabit hat, (vnd) Hannus sal dy selbe halbe hube nich lozin yn drin iarin; dornoch wen her ze gelozin mag, zo sal her em abtretin. Geczug her Otte von Snellinsteyne vnd her Rempil von Nymancz.“[1])

Hieraus spricht deutlich der Wille der Kontrahenten, die Nutzungen nicht als Tilgungsmittel auf die Schuld anzurechnen. Die Schuld soll vielmehr so lange in voller Höhe bestehen und das Gut so lange verpfändet bleiben, bis der Schuldner es „gelöst“ hat, d. h. die Kapitalschuld zurückgezahlt hat.

Die weniger gebräuchliche Form des Nutzpfandes bildet in unseren Verhandlungen die Totsatzung. Sie zeigt sich wie folgt.

„Anno domini MCCCLX°.

1360, Jan. 30. An dem nehesten donirstage vor vnser vrowen tag lichtewye quam vor mich Wolfharde von Czedelicz, hauptman, vnd vor meyns herren man in eyn gehegit dink Otte Ratold vnd vorsaczte do Jekiln Wolferam, purgern zcu Glacz, vnd seynen elichen erben dreyczehen huben zcinshaftis gutis, gelegen zcu Wilhelmisdorff in dem dorfe dez weytbildis zcu Glacz, Kegen den Zahorcz zcu Reyten, of daz dorff, gelegin noch eyn ander, alzo bescheydenlich, wen Jekil, der vorgenante, adir seyne erbin fumf czinsze vf gehebin adir vf gehebit volkomelich vnd gar, zo sal Otten seyn gut

[1]) 92 III.

vnd seyne huben vrey von Jekiln seyn vnd ledik. Geczug her Hartung vom Nymand, her Jerke von Mvschin.“[1])

Hat der Gläubiger fünf Zinse gezogen, so ist damit die Kapitalschuld getilgt und das Gut ist frei: also Totsatzung. Für beide Arten des Nutzpfandes, sowohl für die Zins- wie für die Totsatzung, gelten im allgemeinen die gleichen Grundsätze. In der Regel steht dem Gläubiger kein Kündigungsrecht zu.[2]) Wohl aber hat der Schuldner das Recht, sein verpfändetes Gut durch Zahlung der Schuldsumme zu jeder beliebigen Zeit auszulösen.[3]) Doch kann auch dieses sein prinzipielles Recht der Kündigung auf bestimmte Zeit ausgeschlossen bezw. an eine bestimmte Frist gebunden sein,[4]) wie dies auch in unseren Protokollen meistens der Fall ist. So in folgendem:

„In deme selbin Jare an deme donirstage noch Egidii komen ist vor mich Wolfhart von Czedlicz vnd vor myns herren getreuwe man in eyn gehegit dink Bernhart Brunchin vnd vrowe Agnete, syne eliche hussvrowe,[5]) vnd habin vorsaczt recht vnd redlichin eyne wese, dy gelegin ist vor deme vorwerke Nydecke, dry ganze Jar czu habin, czu haldin vnd czu genyzzyn von Sente Jakobestag, der nu neste gewest ist, vm vyr mark sweris geldis, dy her (?) gar beczalt hat. Vnd dy selbe frawe Agnete hat dy selbe wese ouch vorreicht vnd gelobit mit gutin willin vmbetwungen. Geczuk her Otte von Hugewicz vnd Otte Rathold.“[6]) 1361, Sept. 2.

Wird nach Ablauf der bestimmten Zeit bezw. während der bestimmten Frist das Kündigungsrecht nicht geltend gemacht,

---

[1]) 72 III.

[2]) Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 815; Puntschart, Schuldvertrag und Treugelöbnis S. 241 ff.; Kohler, Pfandrechtliche Forschungen S. 299 ff.

[3]) Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 815; v. Meibom S. 378 ff.; Puntschart a. a. O. S. 237 ff.

[4]) Gierke Bd. 2 S. 815; Anm. 32 daselbst; v. Meibom, Pfandrecht S. 380 Anm. 3; Albrecht, Gewere S. 324; Kohler, Pfandrechtliche Forschungen S. 123 ff.; Immerwahr, Die Kündigung S. 35 ff.

[5]) Erscheinen beider Eheleute, weil es sich vorliegend wahrscheinlich um Frauengut handelt.

[6]) 84 V.

so verfällt das Pfand dem Gläubiger, der es zum Zwecke seiner Befriedigung weiterverpfänden und auch veräußern kann.

1369, Mai 15. „Andrees Rol ist kvmen vur eyn gehegit dink vnd bekant, daz her hat vorsaczt Heinich Beringen vnd Ditherich Roln vur sechs schok; dez setzt (her in) czu Wernhersdorf eyn halbe hube mit Tychin vnd waz dazv ge(hort); ap sy keyn hindernisse davon nemen, daz si sichs an dem gute irholen; ... off sante Michil tag czu ledegin; ap her sy nicht lediget, so svln (si sich) daczu halden. Testes Hartung de Nymans et Hensil de Byla.“ [1])

Aus allen bisher angeführten Verhandlungen spricht die reine Sachhaftung, und diese bildet auch im Mannengerichtsbuch überhaupt durchaus die Regel. Der Gläubiger kann sich also wegen der Schuld nur an das Pfand halten, so daß er mit dem Untergange der Sache das Mittel zur Erzwingung seiner Forderung verliert. Eine persönliche Haftung des Schuldners besteht daneben nur dann, wenn dieser ein besonderes Treugelöbnis abgelegt und sich auf diese Weise zum Selbstbürgen gemacht hat.[2]) Nur in diesem Falle haftet er auch mit seinem gesamten übrigen Immobiliar- wie Mobiliarvermögen.

„Judicium feria quinta in vigilia Petri et Pauli.

1375, Juni 28. In dem zelben gehegetem dinge do ist Komen vor vns hern Pothen von Czastolowicz der Erber. Knecht Cunrath von Muschczin mit syner Elichen frauwen Agnesin[3]) mit wol bedochtem mute vnd mit gutem rate syner frunde[4]) vnd hat vorreicht vnd vorlanget czwenczigsthalbe ruthe Erbes, der frawen lipgedinge czum Rathen, (von) daz, daz her dy strengen vnd vesten luthe vorsaczt habe: hern Hannos von Czesschaw, Nickiln von Muschczin keyn dem Edeln hern Snatt ... von Schoraw. Dez geloben se beide bey eren guten trewen, se an allen

---

[1]) 114 IV.

[2]) vgl. Schröder a. a. O. S. 710; Gierke, Schuld und Haftung S. 74, 30; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 817; Puntschart a. a. O. S. 463 ff.; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 132; v. Meibom, Pfandrecht S. 375 ff.; Stobbe, Krit. VSchr. Bd. 9 S. 295 ff.

[3]) Betreffs der Zustimmung der Frau vgl. S. 44 f.

[4]) Über Erbenlaub vgl. S. 50.

schaden vnd hindirnis dovon zu brengen, vnd ab en daz zu (korcz) wurde, daz se sich mit deme nicht gelosen mochten, so geloben sy, se dovon zu brengen an allen schaden ..." [1])

Wir haben es also hier mit einem Gelöbnis pro defectu zu tun, durch das sich Schuldner verpflichtet, soweit das Pfand nicht ausreicht, persönlich dafür einzustehen, daß die vom Gläubiger in Anspruch genommenen Bürgen schadlos gehalten werden.[2])

Der Erklärung bedarf der Ausdruck: „wenn man mit dem Zins im Verzuge wäre".

„In demselben iar an vnser Vrouwen abent lichtwey vorsaczt her Nickel von Gloubus Nickel Mulstein, dem Burger czu Glacz, czum Rukers drey huben und czu der Heyde Vir huben vnd drey Mark swers Vorstgeldes czu Sweydlerdorf, das her dy also lang haben sal, bis her Eynlef schok grosser erhebit, vnd welchen Czins man ym vorczug, so sal ym der Burgreuc, der czu cziten wirt, pfandes helfen. Des kust her czu geczugen hern Gunthern von der Stercz vnd (hern) Hanken von Knoblouchsdorf." [3]) 1347, Febr. 1.

Man müßte denken, daß wenn der Nutzbesitz einmal auf den Gläubiger übergegangen ist, wenigstens der Schuldner („man") nicht mehr mit der Zahlung des aus dem verpfändeten Grundstück zu ziehenden Zinses in Verzug kommen kann, da der Gläubiger aus dem schon in seinem Besitz befindlichen Grundstück ja selbst die Zinse zieht. Erklärung für diesen Vorgang bietet uns die Tatsache, daß der Nutzbesitz nicht handgreiflicher Besitz an dem Grundstück war, sondern nur die direkte Einwirkungsmacht auf die das Gut bewirtschaftenden zinshaften Bauern, so-

[1]) 127 III. Diese Verhandlung schließt: „vnd ab her se nicht enledegite, so mogen se daz gut vorkaufen, vorwechsiln, vorseczin vnd mit dem gute zu thun vnd zu lassen, alz mit andirm erem gute. Testes her Hartung vom Nymands vnd her Otthe von Walfilsdorf". Wenn mit diesen Schlußworten nur die dingliche Haftung des Schuldners hervorgehoben ist und nicht auch, wie eigentlich zu erwarten stände, auf die persönliche Haftung hingewiesen ist, so erklärt sich dies daraus, daß durch die Eintragungen in das Mannengerichtsbuch nur die dingliche Haftung bestimmt wird, nicht auch die persönliche.

[2]) Gierke S. 74, 30.

[3]) 3 IV.

daß der von ihnen zu zahlende Zins nun direkt an den Pfandgläubiger fiel. Blieben die grundherrlichen Bauern mit der Zahlung des Zinses an den Pfandgläubiger im Verzuge, so wurde dies der Säumnis des Pfandschuldners gleichgestellt, wofür dann zur Befriedigung des Gläubigers der obige Fall eintrat, daß das Pfandgut durch den Richter gepfändet wurde.

Dieser Gedanke entspricht auch folgender Verhandlung, in der sich ausdrücklich die zinshaften Bauern zur Zahlung des Zinses aus dem verpfändeten Gute durch Gelöbnis verpflichten.

1354, Okt. 30. „An dem Nehesten donirstage noch Sente Symon Juden tag ist komyn vor mich Hern Benesch von Chusnik in eyn gehegit ding Ticze von Branaw vnd hat do vor saczt ... von dreyen huben, dy do legin czu Slegilsdorf vf dem gute, daz do ist Siner wrowen lipgedinge, dez her eyn vormunde ist, Hanus Eckiln vnd Heynen von Ysinrichsdorf vor drey Schok. Dez habin dy gebuyr Osprant vnd Meysner mit andern eren gesellen, dy of dem gute siczen, globt czu geben alle drey schok vf Sente Walpurgin tag vnd sullen dez Czinses vf sente Michils tag ledik seyn eynes schokes. Geczug her Otte von Glubocz, her Hensil von der Bele.“ [1])

γγ) Die jüngere Satzung (Kautionspfand).

Neben den beiden vorerwähnten Arten der Pfandbestellung, dem Eigentums- und dem Nutzpfand, erwähnen die Protokolle. und zwar der weitaus größte Teil aller Pfandprotokolle — nämlich fast 400 Verhandlungen —, das Kautionspfand oder die sogen. jüngere Satzung.

Hervorgegangen aus der aufschiebend bedingten Übereignung zur Sicherung einer Schuld,[2]) behält bei der jüngeren Satzung im Gegensatz zu den beiden vorangegangenen Arten der Schuldner sowohl Eigentum als auch Nutzbesitz an dem verpfändeten Grundstück. Die Pfandbestellung hat an sich nur den Charakter einer Sicherheitsstellung, die wie eine Beschlagnahme wirkt. Wurde

[1]) 47 II.

[2]) Gierke, Schuld und Haftung S. 31; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 8/9 Anm. 58.

der Gläubiger am Fälligkeitstage nicht befriedigt, so hatte er ein Übereignungs- oder Exekutivrecht am Pfandobjekt.[1])

Während nach der Rezeption des römischen Rechts sich beim Pfandrecht neben der dinglichen Haftung des Schuldners auch eine persönliche Haftung entwickelt,[2]) weisen unsere Protokolle, die in eine frühere Zeit fallen, nur die dingliche Haftung auf, d. h. der Gläubiger kann sich wegen seiner Forderung nur an das verpfändete Gut halten und hat wegen des Ausfalles, den er etwa erleidet, kein weiteres Rückgriffsrecht auf das übrige Vermögen des Schuldners. Der Pfandgläubiger erwarb im Verzugsfalle die Rechte eines Gläubigers, der gegen den Schuldner ein Urteil erwirkt hat, brauchte sich also nicht erst auf einen förmlichen Rechtsstreit einzulassen.[3])

1374, Juni 8. „Her Wenczig von Donyn, der quam vor vnsern hern, hern Pothen, hauptman czu Glacz, vnd vor des Kaisers man, dy her noch geschreben steen, vnd hat vorreycht vyer hufen (czin)shaftig in dem dorfe zu Cunczendorf, daz owennyg Nuwenrode geleyn ist, hern Hannos von Czesschaw, den her vorsaczt hat in den Juden, ab her in nicht inledigte, daz her keyn hindernis[4]) doran nicht en neme, vnd mit deme gute czu thun vnd zu lazzin, zu vorkaufen, zu vorwechsiln, zu vorseczczin, also daz her keynen schaden nicht en neme. Testes her Hanke von Knoblauchsdorf, her Hartung vom Nymandis, her Hannos von der Bele, her Otthe von (Mittil)-walde, Otthe Ratold, Rempil Ratold, Heynrich von Beringen."[5])

[1]) Gierke, Schuld und Haftung S. 31; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 819; v. Meibom, Deutsches Pfandrecht S. 102 ff.; Franken, Geschichte des französischen Pfandrechts Bd. 1 S. 2 ff.; Brunner, Grundzüge S. 211; Schröder, Rechtsgeschichte S. 726; Hübner, Grundzüge des deutschen PrivR. S. 369 ff.

[2]) Gierke, Schuld und Haftung S. 32; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 823; v. Meibom S. 424 ff.; Brunner, Grundzüge S. 211; Hübner, Grundzüge S. 373.

[3]) v. Meibom, Pfandrecht S. 106 ff.; Planck Bd. 2 S. 343 ff.; Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte 1905 S. 211; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 822; Puntschart, Schuldvertrag und Treugelöbnis S. 243.

[4]) „Hindernis" wahrscheinlich gleichbedeutend mit „Verzugszins".

[5]) 125 III.

In diesem Beispiel ist zugleich die Art der Befriedigung angedeutet für den Fall, daß der Schuldner seine Verbindlichkeit nicht erfüllt. Er kann das Pfandobjekt verkaufen, vertauschen, versetzen, überhaupt damit tun, wie es ihm beliebt. Die Befriedigung erfolgt also im Sinne des Verfallspfandes, das aber mehr und mehr im Sinne des Verkaufspfandes zur Versilberung des Pfandes führte.[1]) Soweit ein Pfandverkauf stattfindet, darf der Gläubiger aber nur bis in Höhe der geschuldeten Summe Befriedigung suchen, der Rest der verpfändeten Sachen fällt als frei an den Pfandschuldner zurück.[2]) Wie oben, so ist die jüngere Satzung auch sonst sehr häufig und am sichersten da erkennbar, wo es sich um Sicherstellung von Bürgen für den Fall ihrer Inanspruchnahme handelt. Da hier ein Regreßanspruch seitens des Bürgen noch nicht besteht, weil der Bürge zur Zeit der Pfandsetzung noch nicht in Anspruch genommen ist, ist es auch gerechtfertigt, daß der Schuldner ihm nur ein eventuelles Zugriffsrecht einräumt und nicht sofort Eigentums- bezw. Besitzpfand gibt. Ebenso deutlich spricht die jüngere Satzung aus folgender Verhandlung, wo der Schuldner künftiges Erbe verpfändet, also Gut, was ihm erst „anersterben" soll.

Fol. 5a. 1347, Nov. 8. „In dem M CCC XLVII iar, an dem nestin donirstag vor Sente Mertinstag quam Mertin von Rachnow vor ein gehekte ding vnd vorsaczt, vumfthalbe hub czinshaftiger czu der Stinou, di vn andersterben sullin von siner stifmuter: vrouwen Elskin von Rachnow, hern Heinrichen von der Stercz vnd hern Guntheren, sinem Bruder, vur virczig schok. Des kisen si czu vberluten vs dem gehegten ding hern Heinrichen von Muschczin, hern Hannus Wusthub, Otten Ratold."[3])

Die Ausdrücke, deren sich das Mannengerichtsbuch bei Begründung des Kautionspfandes bedient, sind „verreichen",[4]) „ver-

---

[1]) Gierke, Schuld und Haftung S. 32f.; derselbe, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 822; v. Meibom, Pfandrecht S. 116ff.; v. Schwind, Wesen und Inhalt des Pfandrechts S. 69ff.; Planck Bd. 2 S. 347ff.

[2]) 128 I.

[3]) 5 III.

[4]) 113 I.

reichen und verlangen“,[1]) „versetzen“,[2]) „setzen“.[3]) Gegenstand des Pfandrechts bilden nicht nur einzelne Vermögensstücke, wie Ländereien,[4]) Mühlen, Wiesen, Holzung und Teile der fahrenden Habe,[5]) sondern auch mitunter das gesamte Vermögen des Schuldners (Generalpfand).[6])

bb) Tilgung des Pfandrechts.

Die Gründe der Tilgung eines Pfandrechts sind je nach der Art desselben verschiedener Natur.

Das durch Kauf auf Wiederkauf begründete Eigentumspfand hört auf mit der Geltendmachung des Wiederkaufsrechts.[7]) Das Nutzpfand endet, falls es auf Zinssatzung gesetzt war, mit der Zahlung der geschuldeten Summe;[8]) als Totsatzung erlischt es mit dem Augenblick, wo die gezogenen Nutzungen den Wert der Schuldsumme erreicht haben, bezw. wo der Gläubiger die ausbedungene Anzahl von Zinsen gezogen hat.[9])

Die meisten Verhandlungen über Pfandrechtstilgungen betreffen das Kautionspfand. Es sind dies die Fälle, in denen das verpfändete Gut „ledig und losgelassen“ wird. Auf Antrag des Eigentümers des belasteten Grundstücks, d. i. des Schuldners, gibt der Pfandgläubiger vor dem gehegten Dinge die Erklärung

---

[1]) 45 III.
[2]) 48 II.
[3]) 22 II.
[4]) 113 I.
[5]) 22 II.
[6]) 45 III.
[7]) vgl. Gierke, Schuld und Haftung S. 26 f.; derselbe, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 812; Brunner, Grundzüge S. 210; Franken, Gesch. d. franz. Pfandrechts S. 170 ff.; Egger, Vermögenshaftung und Hypothek nach fränkischem Recht S. 315 ff.
[8]) Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 816; v. Meibom, Pfandrecht S. 399 ff.; Heusler Bd. 2 S. 143; Brunner, Grundzüge S. 210; Gierke, Schuld und Zahlung S. 29.
[9]) Brunner, Grundzüge S. 210; Gierke, Schuld und Haftung S. 29; derselbe, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 816; v. Meibom S. 399 ff.; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 143; Franken, Gesch. d. franz. Pfandrechts S. 143 ff.

ab, die geschuldete Summe, für welche ihm das Grundstück verpfändet war, vom Schuldner empfangen zu haben.[1])

Eine andere Form, ein Kautionspfand zur Löschung zu bringen, besteht darin, daß der Gläubiger vor Gericht den formellen Verzicht auf seine Forderung erklärt,[2]) welchen der Landschreiber zu Protokoll nimmt.[3])

Hatte der Schuldner den Gläubiger zu einem Teilbetrage befriedigt, so war eine Teillöschung notwendig, welche in der Weise erfolgte, daß die Teilleistung durch Abschreibung der bezahlten Summe im Mannengerichtsbuch kenntlich gemacht wurde.[4]) War für eine Forderung eine Gesamthypothek bestellt, so blieben im Falle einer Teilleistung in der Regel alle Grundstücke auch für die Restforderung in Mithaft.[5]) Doch konnte auch durch Parteivereinbarung die Haftung in der Weise herabgesetzt werden, daß gleichzeitig mit der Abschreibung der gezahlten Summe ein Teil der Grundstücke, dessen Wert ungefähr im gleichen Verhältnis zu dem abgeschriebenen Betrage stand, aus der Mithaft entlassen wurde.[6]) Auffallend sind die im Original erfolgten zahlreichen Durchstreichungen von Verhandlungen aller Art. Hier liegt die Vermutung nahe, daß, wie heute jede nicht mehr zu Recht bestehende Eintragung im Grundbuch mit roter Tinte unterstrichen wird, früher jede Veränderung an eingetragenen Rechten durch sich kreuzende Striche in den alten Eintragungen kenntlich gemacht wurde.

f) Der Rentenkauf.

In seiner Wirkung kommt dem modernen Pfandrecht der Renten- oder Zinskauf gleich. Dieser hatte den Vorzug, von dem kanonischen Zinsverbot nicht betroffen zu sein, da die

---

[1]) 117 III.
[2]) vgl. v. Meibom, Pfandrecht S. 401.
[3]) 117 III.
[4]) 64 III.
[5]) 7 II.
[6]) 42 II.

selbständigen Zinse oder Renten zu unterscheiden sind von den als Quoten eines geliehenen Kapitals gedachten Zinsen. Ein Kapitalbesitzer gibt dem Grundstückseigentümer eine Summe Geldes, der dafür das Grundstück mit einer an ihn zu zahlenden Rente belastet.

„Anno dni MCCCLXV°. 23. Okt. 1365.

An dem tage sente Seuerini ist komen vor mich Petrum, von koniglicher gewalt heuptman czu Glacz, der Edil man Wolfram Schof vnd hat do vorkauft vf dem huse czu Glacz recht und redlich mit gesundekeit beyde mutes vnde lybes vnd mit wol bedochtem mute vnd mit Rote synir vrunde[1]) den Erbern mannen Peczen Wolframen vnd Heynisschen von Wunsschelburg, Burgern czu Glacz, eyne marc geldis pregischer pfennyge Bemisscher czal vnd rechtes czinses eyne halbe marc vf sente Michilstag vnd eyne halbe marc vf sente Walpurgentag, der dornoch komet, vf vumf huben an czwu ruten czu Kunigshayn des weytbildes czu Glacz, vnd gelobit en vor dy gewere. Geczug her Hartung vom Nymancz vnd her Otte vom Snellinsteyne.“[2])

Der Adlige Schof verpflichtet sich gegen Empfang eines Kapitals, aus seinen Gütern eine Rente an zwei Glatzer Bürger zu zahlen. Wie hier nichts vereinbart ist, daß der Rentenschuldner die Rentenschuld wieder ablösen darf, so entspricht es auch der allgemeinen Rechtsgeschichte,[3]) daß mit Hingabe des Kapitals die Rentenverpflichtung des Grundstückseigentümers dauernd verbindlich war. Dieses Prinzip der Unkündbarkeit der Rente finden wir aber vielfach durchbrochen. Abgesehen von dem der Rechtsgeschichte bekannten gesetzlichen Kündigungsrecht[4]) des Rentenschuldners, das jedoch vom Mannengerichtsbuch nicht aufgenommen ist, konnte der Rentenschuldner bei Begründung seiner Verpflichtung sich die Einlösung der

---

[1]) Über das Beispruchsrecht s. weiter unten S. 49 f.

[2]) 101 III.

[3]) Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte S. 747; Brunner, Grundzüge S. 208; Stobbe Bd. 2 S. 280; Engelmann S. 597.

[4]) Schröder S. 747; Stobbe, Beitr. S. 25 ff.

Rente durch Vertrag ausbedingen.[1]) So läßt sich auch bei folgendem durch Auflassung begründeten Rentenkauf der Adlige bei Abschluß des Vertrages das Recht einräumen, die Rente durch Rückzahlung des empfangenen Kapitals wieder abzulösen (Wiederkaufsrente).

27. Jan. 1351. „In demzelbin Jare an dem nesten donyrstac noch sente Paulis tac, als her Bekort wart, ist komyn Ebirhart von Maltwicz vnd hat vor Reycht vnd vorkauft vor dem Bvrgraven vnd vor eym Gehegtym dinge vf vire hvuyn vyr Marc geldis czu Melhotyn in dem dorffe Jakob Wolferame Czetyrwangen Son, Borger czu Glacz, vnd zyn Erbyn. Dyzelbin vir Marc geldis hat gekauft Jacob vm cz(w)u vnd dryzic Marc; dyzelbin viyr Marc geldis zal her ym wedir czu koufyn gebin, in dem virden Jare wedir czu koufyn vm daszelbe gelt, ym vnde zyn Erbyn. Kouft her is abir nicht wedir in dem vyrdin Jare, zo sollyn dy vyir Marc geldis des vorgenanten Jakobis vnd zynyr Kynder Recht Erbe zyn. Geczug Otto Ratold, Hartvnc vom Nymancz."[2])

Dagegen ist dem Mannengerichtsbuch ein vertragsmäßiges Kündigungsrecht des Gläubigers ebensowenig wie ein gesetzliches bekannt. Auch in der allgemeinen Rechtsgeschichte wurde dem Rentengläubiger niemals ein gesetzliches Kündigungsrecht gewährt, und die vertragsmäßige Einräumung eines Kündigungsrechts an ihn, die im frühen Mittelalter zeitweise vorkam,[3]) wurde später für unwirksam erklärt.[4]) Erst im Jahre 1600 kam durch Reichsgesetz[5]) die Befugnis des Rentengläubigers auf, sich für den Fall des Verzuges ein Kündigungsrecht vorzubehalten.

[1]) Schröder S. 747; Pauli, Die Rentenkäufe des lübischen R. 1865 S. 74; Stobbe, Zeitschr. f. Rechtsgesch. Bd. 19 S. 213 ff.; Gobbers, Erbleihe u. Rentenkauf in Köln, Zeitschr. f. Rechtsgesch. Bd. 17 S. 201; Immerwahr, Die Kündigung S. 41; Sidler, Die Gült nach luzerner R. 1897 S. 16.

[2]) 18 I.

[3]) Pauli, Die Rentenkäufe des lübischen R. S. 74; Stobbe, PrivR. § 142; Immerwahr, Die Kündigung S. 44; v. Wyß, Zeitschr. f. schweiz. R. Bd. 9 S. 35 ff.; Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 762.

[4]) Höpken, Das bremische Pfandrecht S. 142 ff.; Stobbe, PrivR. § 142 Anm. 58. Allgemein durch RPO. von 1548 u. 1577.

[5]) RDA. von 1600 § 35.

Aus der obigen Verhandlung ist auch ersichtlich, daß das Wiederkaufsrecht für den Fall, daß der zu ihm Berechtigte stirbt, ohne vorher von seinem Recht Gebrauch gemacht zu haben, auf seine Erben übergeht. Wie hier die Wiederkaufsberechtigung schon im vierten Jahre geltend gemacht werden muß, so findet sich anderwärts der Fall, daß die Geltendmachung des Rückkaufsrechts erst an den Todesfall des Rentenkäufers geknüpft ist, so daß der Verkäufer oder dessen Erben die Ablösung der Rente erst gegenüber den Erben des Käufers geltend machen können.

„Am donirstage an Sente Johannes Baptisten obunt Komen ist vor mich Wolfhart von Czedlicz, burgrauen, vnd vor myns herren man in gehegit dink her Hannus von Czesschaw vnd hat vorreicht fumff Mark geldis swerir czal jerlicher gulde Petir, dem alden richtir czur Obirsten Stynaw, vnd Demute, syner housfrown, czu eyme rechtin Koufe vm fumfczik Schok vf alle (hufin) do selbes czur Stynaw, also das dy selbin Petir vnd Demuth den czins sullen heben vnd behalden, dy wyle sy geleben, wen sy abir gestorbin (sin), so sal vnd mak der vorgenante her Hannus adir syne geerben den czins wedir abekoufen vm fumfczik Schok wedir des selben Petir vnd Demuten nochkomlinge vnd ere geerben. Geczuk her Otte (von) Glubos, der Eldeste, vnd her Hartung von Nymandis.“[1] 23. Juni 1362.

Für den Fall, daß die Renten an den Fälligkeitsterminen nicht gezahlt werden, haftet dem Gläubiger nach allgemeinem Rechtsgrundsatz[2] das Gut, aus welchem die Zinsen zu zahlen sind, als Unterpfand. Zunächst kann sich der Gläubiger im Wege der Pfändung aus der in der Were des Grundstücks beschlossenen Fahrnis („uff dem gut“) Befriedigung verschaffen. Reicht aber deren Wert nicht zu seiner völligen Befriedigung aus, so wird ihm das Grundstück selbst im Wege der gerichtlichen Übereignung zu seiner Befriedigung zugewiesen.

---

[1] 93 V.

[2] Gierke, Deutsches PrivR. Bd. 2 S. 759; Brunner, Grundzüge S. 208; Schröder S. 714; Pauli, Rentenkäufe des lübischen R. S. 59; Höpken, Bremisches Pfandrecht S. 159 ff.

5. Dez. 1353. „. . . Wer abir, daz dem vorgenantyn Pesch (in adir) synen erbin adir nochkumelingin keyn bruch wurde an den czwelf mark geldis (czu den) ehegenantin tagin, so sal man ymb pfandis helfin an alle teydink offe dem oft (genantin) gute. Auch hat dye vorgenante vrawe Katherine myt erin vorgenantyn sonyn (globit) vor dye andirn Kindir, daz seh dye dorczu brengin sollin, daz ez ir wille vnd ir wort sye. Geczuge her Ticze von Panowicz, her Gunther von der Stercz, (ge)botyn ows gehegetim dinge.“[1])

g) Familien- und erbrechtliche Bestimmungen.

Die zahlreichen Verhandlungen pfandrechtlichen Inhalts geben uns auch vielfach Hinweise auf das Familien- und Erbrecht, so z. B. das Güterrecht, das Beispruchsrecht der Erben, das Leibgedinge, und ergänzen auf diese Weise die wenigen Verhandlungen, welche rein familien- bezw. erbrechtlichen Charakter haben.

Dies gilt vor allem für das Vormundschaftsrecht.

Wie schon oben behandelt, sind die Hauptmomente, die für die Bestellung einer Vormundschaft maßgebend sind, jugendliches Alter, weibliches Geschlecht und Geisteskrankheit.

Die Vormundschaft über Minderjährige erstreckt sich sowohl auf die Sorge für die Person wie für das Vermögen des Mündels. Der Vormund schließt die Rechtsgeschäfte für den Mündel selbst ab, gibt an Stelle des Mündels vor Gericht die nötigen Erklärungen ab, indem er z. B. durch Schuldanerkenntnis vor Gericht das Mündel der Exekution unterwirft.[2])

In der Regel kommen als Vormünder die nächsten Schwertmagen in Betracht (geborener Vormund),[3]) die der Vater schon bei Lebzeiten für den Fall seines Todes bestellen kann (gekorener Vormund).

---

[1]) 41 II. Gleichzeitig verpflichtet sich die Mutter für das Erbenlaub der minderjährigen Kinder durch Gelöbnis.

[2]) 143 II.

[3]) 29 III.

„Judicium feria quinta proxima post Valentini.

In daz selbe gehegete ding ist vor vns komen her Otthe von Glubz,[1]) der Eldeste, mit gesundim leibe vnd mit gutem Rate siner frunde vnd hat synen Kindirn czu vormunden gekorn dy vesten Rittir hern Otthen vom Snellenstein, hern Otthen von Mittilwalde vnd Wolfharden von Glubz vnde Nicklos von Glubz vnd hat daz mit dem Rechten gewunnen, daz ym daz myns hern man geteilet haben. Testes Nickil von Panewicz, Rempil Ratuld.“[2]) 1381, Febr. 21.

Von einer Obervormundschaft des Staates, wie sie sonst bereits stellenweise[3]) in Deutschland bestand, ist im Mannengerichtsbuch nichts zu merken. Vielmehr steht hier wie auch sonst im allgemeinen über dem Vormunde die Sippe als Obervormundschaftsbehörde, welche das Recht der Aufsicht, das Recht des Konsenses, namentlich bei Veräußerungen von Mündelgut, hat.

Hat der Vater von seinem Bestellungsrecht keinen Gebrauch gemacht oder liegt sonst ein Bedürfnisfall vor, so bestimmt die Sippe den vaterlosen Kindern den Vormund. Vielfach ist die Wahrnehmung der Interessen Jugendlicher mehreren Personen übertragen, welche gemeinschaftlich handeln.[4])

Für eventuelle Streitigkeiten zwischen Vormund und Mündelmutter bestimmt das Mannengericht zuweilen aus den Schwertmagen mehrere Schiedsrichter (entsprechend dem heutigen Familienrat), deren Entscheidung für beide Parteien bindend ist.[5])

Die Einschränkung des weiblichen Geschlechts in der Geschäftsfähigkeit trat immer mehr in den Hintergrund. In den meisten mittelalterlichen Rechten war die Geschlechtsvormund-

---

[1]) Nach den Besitzungen der Glaubitz auch „von Schnellenstein“ bezw. „von Mittelwalde“ genannt (vgl. 93 II u. 94 II u. Anm. 3 zu S. 4).

[2]) 133 V.

[3]) Brunner, Grundzüge S. 223; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 336; Kraut, Vormundschaft S. 62; Stobbe, Deutsches PrivR. Bd. 4 S. 436 Anm. 13, 444ff.; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte S. 223.

[4]) 112 V.

[5]) 29 III.

schaft bereits völlig geschwunden. Soweit dies nicht geschehen war, beschränkte sie sich auf die Sorge für ihr Vermögen und bestand auch hier nur in einer von Fall zu Fall eintretenden Beistandschaft bei Rechtsverhandlungen vor Gericht.[1]) Dies war auch beim Glatzer Adel der Fall. So z. B. erscheint die Frau zugleich mit ihrem Vormunde vor dem gehegten Dinge zwecks Abgabe der Auflassungserklärung [2]) oder zwecks Bestellung eines Leibgedinges.[3])

Auch bei der Geschlechtsvormundschaft bevorzugte man gemäß dem allgemeinen Grundsatze des deutschen Rechts [4]) die Schwertmagen.[5]) Die Vormundschaft über eine Ehefrau führte in der Regel ihr Mann; doch finden sich auch Ausnahmen von diesem Grundsatz,[6]) insbesondere dann, wenn der Ehemann als Gegenkontrahent seiner Ehefrau mit dieser ein Rechtsgeschäft abschloß [7]) (Gerichtsvormund).

Ein im 14. Jahrhundert unter dem Glatzer Adel vielfach geübter Brauch war, der Zahl der einschlägigen Verhandlungen nach zu urteilen, die Bestellung eines Leibgedinges an eine Frau. Welch großes Gewicht die Glatzer Adligen darauf legten, zeigt der Umstand, daß die Leibgedingungsverhandlungen fast die einzigen sind, in denen meistens sieben Zeugen, also das ganze Beisitzerkollegium, aufgeführt sind.[8])

Unter dem Leibgedinge versteht man eine Vermögenszuwendung zur Sicherstellung der Frau nach dem Tode ihres Mannes. Sie konnte zum Gegenstande haben ganze Güter oder

---

[1]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 767; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 511 ff.; Kraut, Vormundschaft Bd. 2 S. 266 ff.; Rosin, Die Formvorschriften für die Veräußerungsgeschäfte der Frauen, in Gierkes Unters. Bd. 8.

[2]) 36 I.

[3]) 6 II.

[4]) Brunner, Grundzüge der deutschen Rechtsgeschichte S. 224; Schröder a. a. O. S. 333; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 480 ff.; Kraut, Vormundschaft Bd. 1 S. 110 ff., 166 ff., 286 ff.

[5]) 80 VII.

[6]) 18 II.

[7]) 20 IV.

[8]) 9 II.

nur Teile derselben, wie Äcker, Wiesen, Wälder, Gärten, Wassermühlen, oder auch Gerechtigkeiten, wie Fischerei.

An dem Leibgedinge, das der Mann seiner Frau bestellte, hatte diese, wie auch sonst im sächsischen Recht,[1]) ein lebenslängliches[2]) Nutzungsrecht.

„An dem vreytage in der quatirtempir in der vastin Ist komyn vor vns hern Benesch von Chusnik vnd vor vnsirs herren man in eyn gehegit dink her Heynrich von Muschin gesundis leybis vnd mutis mit willen vnd Gunst seyner Kindir vnd gab vnd vorreychte do vrowen Margarethen, syner elichen vrowen, Czehen hubin czinshaftis gutis in den Sebinhuben, bey der Wunschilburg an zcu hebin, noch eynandir her ap zcu Reytin in den Ratin, zu eyme rechtin lipgeding, als leypgedingis recht ist, mit allir hirschaft, fruchtin vnd nuczen, gleychir weys als her sy gehabt hat, nicht vz genomyn.“[3]) Fol. 37a. 1358, Febr. 23.

Dieses Nutzungsrecht erlangte die Frau nicht erst mit dem Tode des Mannes, sondern mit dem Augenblick, wo ihr das Gut als Leibgedinge gegeben wurde. Wir ersehen dies deutlich aus einer anderwärts erfolgten Einschränkung, die der Ehemann dem Nießbrauchsrecht der Frau auferlegt, indem er sich bei der Vergabung das Recht vorbehält, aus dem Leibgedinge die Heersteuer weiterhin ziehen zu dürfen.[4])

Hatte es der Ehemann zu seinen Lebzeiten unterlassen, die Frau durch irgendeine Zuwendung sicherzustellen, so entsprach es der Auffassung der Leibgedingung als einer sittlichen

---

[1]) vgl. Brunner, Grundzüge S. 219; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 762; Schröder, Geschichte des ehelichen Güterrechts Bd. 2 S. 332ff.; Kiesel, Bedeutung der Gewere des Mannes am Frauengut (1906) (Gierke, Unters. S. 85); v. Martitz, Eheliches Güterrecht des Sachsenspiegels 1867 S. 345ff.; Agricola, Gewere zu rechter Vormundschaft S. 523ff.; Behre, Eigentumsverhältnisse im ehelichen Güterrecht des Sachsenspiegels u. Magdeburger R. 1904 S. 68ff.

[2]) 39 II.

[3]) 60 III.

[4]) 32 II.

Pflicht, daß der großjährige Sohn[1]) oder der Vormund namens der minderjährigen Kinder[2]) der Mutter ein Wittum aussetzte.

Neben dem eigentlichen Zweck der Leibgedingung, der Sicherstellung der Frau, finden wir, daß das Leibgedinge mitunter auch zum Zwecke der Erziehung der gemeinschaftlichen Kinder gegeben wird.[3]) Aus diesem Grunde setzt der Ehemann zuweilen der Frau die Beschränkung, daß sie im Falle ihrer Wiederverheiratung das Leibgedinge an die Kinder erster Ehe herauszugeben hat.[4]) Dieser an sich natürliche Standpunkt wird einmal scheinbar durchbrochen, indem der Witwe für den Fall ihrer Wiederverheiratung ein Leibgedinge eingeräumt wird.[5]) Dies erklärt sich dort aber daraus, daß die Witwe Nutznießerin der gesamten Hinterlassenschaft ihres Mannes ist, jedoch für den Fall einer neuen Ehe auf ein Leibgedinge von nur 18 Hufen beschränkt wird.

Nach dem Tode der Frau fällt das Leibgedinge, da es als eine nur lebenslängliche Zuwendung mit diesem Zeitpunkt aufgehört hat, Gegenstand ihrer Herrschaftsrechte zu sein, grundsätzlich[6]) an die Erben ihres Mannes zurück. Vielfach bestimmt der Mann von vornherein als Heimfallsberechtigte des ledig gewordenen Gutes die gemeinschaftlichen Kinder.[7]) Den Erben des Mannes, an die das Leibgedinge nach „lipgedinges recht“[8]) zurückfällt, kann auch die Befugnis eingeräumt sein, noch vor dem Tode der Frau deren Nutzungsrecht durch Zahlung einer vom Erblasser von vornherein bestimmten Summe abzulösen.[9]) Wie hier die Leibgedingung resolutiv bedingt ist, kann sie, wie

---

[1]) 33 II.
[2]) 35 II.
[3]) 112 IV.
[4]) 68 III.
[5]) 30 I.
[6]) Brunner, Grundzüge S. 218; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 756; derselbe, Geschichte des ehelichen Güterrechts Bd. 2 S. 12ff.
[7]) 39 II.
[8]) 8 IV.
[9]) 28 IV.

anderwärts,[1]) auch befristet sein. In diesem Falle hat die Frau nach Ablauf der festgesetzten Frist das Gut wieder herauszugeben.

Zuweilen erhält die Frau über die Bestellung des Leibgedinges vom Burggrafen eine Urkunde ausgestellt, den sogen. Leibgedingebrief. Wesentlicher Inhalt desselben sind: Namen des Vergebers und der der Bedachten, genaue Beschreibung der Güter, welche als Leibgedinge hingegeben werden, nach Lage und Wirtschaftsart sowie Angabe der etwa auf dem Leibgedinge ruhenden Lasten.

„An dem donirstag vor Sente Gallin tak in deme selbin iar komen ist vor gehegit dink vor mich Wolfhart von Czedlicz vnd vor myns herren getruw man, dy do selbis sazen czum rechtin in gehegtem dinge, Thamme von Panewicz vnd hat vorreicht eyn (lyp)gedinge Elysabethen, syner howssfrowin. vnd des lypgedinges brif stet hy noch von wortin czu wortin. In gotis namen amen. Ich Wolfhart von Czedlicz, von Koneclichir gewalt von Bemen purgrave czu Glacz, bekenne offinlichin an desim brife, das Komen ist vor mich vnd vor myns herren getrewe man, dy hynoch geschreben sten czu geczuge, der Edle (Thamme) von Panowicz mit wolbedachtim mute, mit gesundim leibe vnd gutim rate synir frunde und hat recht vnd redlichin vorgebin vnd vf gereicht fumf hufin czu Arnoldisdorf, drey hufin czu dem . . . Hennyngisdorf vnd eyne hufe czu Ysinrichsdorf, czinshaftigis gutes Gleczisschin wichbildis, vnd den gemowirten hoff czum Reynharz, mit vorwerke vnd mit der halbin Mol, dy czu deme selbin hoffe gehorit, mit alle dem noczcze, mit allem genyzze, mit allir frucht, mit allir hirschaft vnd mit allim rechtin vnd nozberkeit, als her dy gut selbir gehat vnd besezzin hat, nichtis nicht ausgenomen, als sy von aldirs gelegin vnd aws gemessin sint, der Edlen vnd erbern frowen Elyzabeth, synir elichin vnd lyben hausfrowen, czu eyme rechtin lypgedinge, fridlichin vnd geruhlichin czu besiczzen. Des hat dy selbe frowe Elyzabeth gekoren dy Edlen, 1361, Okt. 14.

[1]) 85 V.

dy erbern hern Hankin von Knoblochsdorf, hern Ottin den Eldestin von Glubos, hern Weyzzin von Knoblouchsdorf, Rittere, vnd Dytheriche von ....., iren brudir, czu rechtin vormundin. Vnd hat ir ouch vorreicht andirhalbe hufe czu Arnoldisdorf, dy her vorsaczt hat; wenne her dy wedir abgelosete, (adir) ab sy frowe Elyzabeth selbir abe loste mit yrem gelde, dy sal sy ouch (han) mit allim rechte, als das andir vorgeschrebne gut. Vnd wer das v(orge)schrebne gut vordynen wirt, der aneualles wartinde ist an deme sel(bin) gute, der sal (nicht) mer wenne achte grozzen von yclichir hufin czu dinste, czu herstewre (gebin). Des hab ich Wolfhart durch frewlichir ere vnd durch libe willin dyse gobe vnd vfreichunge gelybit vnd von gewalt, der ich habe, bes(tetiget). Geczug Ottakir von Glubos vnd her Jerke von Musschin."[1])

Neben dem Leibgedinge als einer der Frau allein zugute kommenden Vermögenszuwendung hatte die Frau bei beerbter Ehe außerdem noch gewisse Rechte aus dem Beisitz. Starb der Mann, so wurde ebenso wie nach Magdeburger Recht[2]) seine Hinterlassenschaft zwischen Witwe und Kindern geteilt. Doch behielt die Witwe an dem Erbteil der Kinder Verwaltung und Nutznießung. Einseitig hierüber zu verfügen, war ihr nicht gestattet, sie konnte das Verfügungsrecht nur gemeinschaftlich mit ihren Kindern ausüben. Daher verkauft „dye Edele vrawe Katheryne von Donyn mit Bernharte, Ottin vnd Jeruschin vngesundirtin erin sonyn" den Erbteil der Kinder nach dem verstorbenen Ehemann.[3])

Sind beide Eltern gestorben, so besteht unter den elternlosen Kindern bis zur Auseinandersetzung das Verhältnis des Miteigentums zur gesamten Hand.[4]) Soll daher ein zum Nachlaß des verstorbenen Vaters gehöriges Grundstück

---

[1]) 86 II.

[2]) vgl. Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte S. 756, 330; Schröder, Geschichte des ehelichen Güterrechts Bd. 1 S. 143; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 298, 326, 542 ff.; Brunner, Grundzüge S. 218 f.

[3]) 41 l.

[4]) Brunner, Grundzüge S. 226 f.; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 338 ff.; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 1 S. 78.

veräußert werden, so müssen entweder alle Geschwister vor dem Mannengericht erscheinen, um die notwendigen Erklärungen abzugeben,[1]) oder es tritt einer von ihnen allein zugleich als Bevollmächtigter der anderen auf.[2])

Das Mittel, dieses Gesamthandsverhältnis unter den Erben aufzulösen, bildete hier wie allgemein[3]) die Erbesauseinandersetzung durch Vertrag. Entweder teilten die Erben den Nachlaß in Natur oder sie schlossen, wie es bei Grundstücken wohl regelmäßig der Fall gewesen sein wird, untereinander einen Überlassungsvertrag, nach welchem einer von ihnen den gesamten Nachlaß übernahm und die anderen durch eine der Größe ihres Erbteils entsprechende Geldsumme abfand.[4]) Auf diese Weise beugte der Adel der Zersplitterung seines Grundbesitzes vor.

Mitunter hat der Vertrag unter den Erben den Zweck, nur einen von den Miterben, der vielleicht infolge erlangter Mündigkeit den Anspruch auf eigene Vermögensverwaltung erhebt, aus der Erbengemeinschaft auszusondern. Aus diesem Grunde verzichtet z. B. der älteste Sohn auf sein Erbrecht gegen eine Anzahl von Zinsen, die er sich von seiner Mutter und deren ungesonderten Söhnen an den Nachlaßgütern sicherstellen läßt.[5])

Eine anderwärts erfolgte Aussonderung eines Sohnes geschieht mit der Beschränkung, daß nur eine bedingte Übereignung auf Lebenszeit stattfindet. Weil der Sohn Ordensgeistlicher ist,[6]) soll dadurch verhütet werden, daß das Gut an den Orden fällt. Daher treffen die Brüder untereinander die Vereinbarung, daß nach dem Tode des Ausgesonderten das Gut an seine Familie zu den Stammgütern zurückfallen soll.[7])

Da die Erben nach allgemeinem Rechtsgrundsatz[8]) Ver-

---

[1]) 111 II.
[2]) 70 V.
[3]) Schröder S. 741; Brunner, Grundzüge S. 226.
[4]) 134 IV.
[5]) 33 III.
[6]) Orden der Kreuzherren.
[7]) 65 IV.
[8]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 287; Heusler, Inst.

fügungen über Grundstücke, insbesondere Belastungen derselben, nicht anzuerkennen brauchen, wenn sie nicht ihr Erbenlaub gegeben haben, so ist es erklärlich, daß sie bei Veräußerungen und Belastungen von Liegenschaften gehört zu werden pflegen. Auf Grund dieses Beispruchsrechtes geben „die des Anfalls Wartenden“ ihre Zustimmung zu allen Rechtsgeschäften bezüglich ihres dereinstigen Erbes. Niemals schreitet der Adlige zu einer Verfügung über das ererbte Gut, ohne vorher den „Rat der ältesten Freunde, die zu dem Schilde gehören“,[1]) eingeholt zu haben. So auch hier:

1361, April 15. „An dem selbin tage ist Komen vor mich vnd vor meynes herren man in eyn gehegit dink Katherin von Rychenaw vnd hat vorsaczt Hannuse Burgartes, burger czu Glacz, fumf hubin czinshaftigis gutes czu Mertinsdorf, also das her sal heben allin czins von den selbin hubin vf den Nestin sinte Michils tak; vnd ist bygestanden vnd helvit vnd gewillit hat Cunrad, hern Rollen son von Glouboz, der des selbin anevallis wartinde ist. Geczuk her Hartung vnd her Rempil vom Nymandis.“[2])

Den ersten Anspruch auf den Nachlaß des verstorbenen Vaters nach sächsischem Erbrecht[3]) hatten die Kinder des Erblassers. Die Enkel besaßen in unserer Zeit von vornherein noch kein Repräsentationsrecht, der Großvater mußte sie vielmehr erst besonders berufen, um ihnen ein Eintrittsrecht in die Stelle ihres vorverstorbenen Vaters zu verschaffen.

Bd. 1 S. 227ff., Bd. 2 S. 64ff.; derselbe, Gewere S. 43ff.; Adler, Erbenwarterecht nach den ältesten bayerischen Rechtsquellen 1891 (Gierkes Untersuchungen Bd. 37); Stobbe, Handb. Bd. 2 § 87; Brunner, Grundzüge S. 231; v. Amira, Erbenfolge S. 51ff., 105ff., 134ff.; Fipper, Beispruchsrecht nach altsächsischem Recht (Gierkes Untersuchungen Bd. 3).

[1]) 35 II.

[2]) 82 III.

[3]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 339; Brunner, Grundzüge S. 226; Engelmann, Bürgerl. R. S. 739f.; Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 1 S. 79; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 521; v. Amira, Erbenfolge und Verwandtschaftsgliederung nach den altniederdeutschen Rechten 1874 S. 211ff.; Waitz, Über die Bedeutung des mundium im deutschen Recht S. 375.

„An dem selbin tag hat her Hanke von Knobolochsdorf czu vurmvnde gekorn hern Ottin den aldin von Glvboz vnd hern Hannus von Czesow sinen kindin vnd sinen anenckiln, hern Weyczin kindin, vnd ap got an vmb icht tete, so svln hern Weyczin (kindir) evnez kindis tevl habin. Wer abir, daz her Hance sturbe an geerbe, so sal sin gut gevaln an sine anenkil, dy bescribin sint. Alle dy vorbenante sache mak vnd sal her Hanco, Beyde von der vrowen vnd Kindin wegen, dy wyl her lebet, virwandeln vnd apnehmen, wy her wyl vnd weme her wyl adir czu welchir czyt her wil. Geczuge her Ticze (von Panwicz) vnd Jeske Horszicz.“[1] 1368, Juli 6.

Aus diesem Testamentsprotokoll folgt zugleich, daß der Erblasser sich, wie auch heute, im Testament die Befugnis vorbehalten konnte, den darin niedergelegten Willen durch nachträgliche letztwillige Verfügungen abzuändern. Dieselbe Verhandlung ist aber auch, da sie die einzige ihrer Art im Mannengerichtsbuch ist, gleichzeitig ein Beweis dafür, daß Testamente in der damaligen Zeit im Glatzer Lande wie überhaupt in den Ländern sächsischen Rechts[2] noch ziemlich unbekannt waren.

Häufiger als diese einseitige Verfügung von Todes wegen sind in unserer Periode die auch der früheren Zeit bereits eignen Erbverträge in ihren verschiedenen Arten.

So finden wir u. a. einen Vertrag unter mehreren Brüdern,[3] wonach sich dieselben ihre Güter gegenseitig auflassen mit der Maßnahme, daß für den Fall des Aussterbens des einen Stammes dessen Güter an die anderen Stämme fallen sollen: die auch dem sächsischen Recht bekannte[4] Erbverbrüderung.

„An dem nehisten Donyrstag nach allir heyligen tag Synt komyn vor mich Hern Hannus Wustehuben, Purkrafin czu Glacz, 1351, Nov. 3.

---

[1]) 112 V.

[2]) Brunner, Grundzüge S. 233 f.; derselbe, Deutsche Rechtsgeschichte Bd. 1 S. 79; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 73, 775; v. Amira, Erbenfolge S. 219; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 649 ff.

[3]) Die Erbenauseinandersetzung ist bereits erfolgt.

[4]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 774; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 476 f.; Löning, Erbverbrüderungen 1867.

vnd vor mynes herrin man vor eyn gehegit dink Hartung vnd Otto, Gebruder vom Nymandis, vnd han beczugit myt mynes herrin man, dy her noch geschrebin stehin, daz czu eyner czyet Geschah, daz Ranfolt, Hartung vnd Otte, Gebruder von Nymand, noch ir sunderunge irs gutes quomim vor hern Wolfram von Panowicz, Purkrafin czu Glacz, vnd habin vorlegin vnd vorreycht myt gutim willin yhederman dem andern Alle syen gut czu eyme rechtin aneualle, nicht owsgenomyn, mit sulchim vndirscheyde, welchir vndir en dryen Sturbe an elyche erbin, So sal syen gut an dy andirn gevallen vnd an ir Erben. Geczug her Hanke von Knoblouchsdorf, her Herman von Czeneboz, her Hensil von der Bele, her Jerke von Muschin.“ [1])

Besonders zahlreich sind im Mannengerichtsbuch wie auch sonst in Deutschland [2]) die Erbverzichte. Man verstand darunter sowohl den zwischen einem Erben und dem Erblasser geschlossenen Vertrag wie auch die von mehreren Erben untereinander über den Nachlaß des noch lebenden Erblassers getroffene Vereinbarung, wonach der eine Kontrahent auf sein Erbrecht verzichtete. Beide Arten waren vollgültig:

1357, Jan. 26. „An dem nehesten donirstage noch sente Pauils tag, als her bekort wart, quam vor vns hern Benesch von Chusnik vnd vor vnsirs herrn man in eyn gehegit dink Cunczke von Muschin, hern Jerken Brudir, vnd vorczich sich do allis erbeteyls, daz yn angevallen war adir noch angevallin mochte, vnd auch allir ansproche, daz her hern Jerken, noch sine Kindir, noch nochkomeliche wedir her Cunczko, noch sine Kindir, nymir me sal angereden, noch hindern mit dem Rechten, vnschedelich hern Jerkin sinem vordern brife. Geczug her Hanco von Cnoblauchsdorff, her Hartung vom Nymand.“ [3])

1355, April 30. „An dem selbin tage Ist komyn vor mich Jeskin Horczicz, purchgrauen, vnd vor myns herren man yn eyn gehegit dink her Pecze Steynbach mit sinen zonen hern Johannes vnd Cunczin

[1]) 24 III.

[2]) vgl. Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 774 f.: Heusler, Inst. Bd. 2 S. 570 ff.; Beseler, Erbverträge Bd. 2 S. 215 ff.

[3]) 56 I.

vnd bekannte, daz her sich mit sinen tochtern Katherinen vnd Cunnen in Sulchir weys hette enschit, daz di selbin vrowen hebin sullyn vf sinem gute czu Lowicz alle Jar czwu mark geldes, bis seh dreyzehen Mark Swerer habyn Volkomelich irhabyn. Dorum so haben sich dy vorgenannten vrowen vorczegin alles eres Erbeteyls vnd anevalles, der seh mochte adir sulde anevallen, beyde von erb vnd auch von varndir habe. Geczug h(er) Hensil von der Bele, Otto von Glubocz."[1])

Im Gegensatz hierzu steht das heutige Recht. Dieses läßt als Erbverzicht nur den zwischen dem mutmaßlichen Erben und dem Erblasser abgeschlossenen Vertrag gelten, verwirft dagegen den Erbverzicht in der Form des pactum de hereditate tertii als unseren sittlichen Anschauungen widersprechend.

Ein Erbrecht des überlebenden Ehegatten ist dem Mannengerichtsbuch unbekannt. Einen Ersatz hierfür bildete neben dem eben erwähnten Leibgedinge das Recht der Frau auf die Gerade.

Zur Gerade gehörten nach der übereinstimmenden deutschrechtlichen Literatur[2]) alle die beweglichen Gegenstände, welche dem besonderen Gebrauch der Frau dienten, gleichviel ob sie der Mann oder die Frau in die Ehe gebracht hatte.[3]) Während der Ehe war die Gerade ein veränderlicher Vermögensinbegriff, erst nach dem Tode des einen Ehegatten wurde sie im einzelnen festgestellt.[4]) Starb der Mann, so erhielt die Frau die eben bezeichneten Gegenstände als sogen. Witwengerade,[5]) starb die Frau, so fielen dieselben als Niftelgerade an die Tochter oder die nächste weibliche Verwandte von der Spindelseite.[6]) Diese

[1]) 49 IV.

[2]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 754ff.; derselbe, Geschichte des ehelichen Güterrechts Bd. 2 III S. 5ff.; Wolff, Witwenehe S. 385ff.; Brunner, Grundzüge S. 219; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 382; v. Martitz, Das eheliche Güterrecht des Sachsensp. S. 133; Engelmann, Bürgerl. R. S. 672.

[3]) 119 V.

[4]) 30 I.

[5]) 19 V.

[6]) 83 II.

Rechtsgrundsätze galten nach dem Mannenrecht wie auch sonst nach sächsischem Recht.

Da die Ausscheidung der Gerade, die bisher zu dem wirtschaftlichen Mobiliar des Mannes gehört hatte, eine Störung in der Weiterbewirtschaftung für die das Gut übernehmenden Erben bedeutet hätte, ist es erklärlich, daß die Frauen wiederholt auf die Gerade verzichten.[1]) Dieser Verzicht erfolgte durch einseitige Erklärung zu Protokoll des Mannengerichts, jedoch nicht ohne Gegenleistung, vielmehr wird der Frau für diese Aufgabe ihres Rechts in der Regel, wie nachfolgend, eine Geldentschädigung gewährt worden sein.

„MCCCLXVIII. Wyzzin sullin alle dy, den dicz puch czv horin wirt, daz vrowe Metke, etswen hern Hartmans Wyb von Ronow, ist vur kvmen vur eyn gehegit dink mit yrn czwen thochtirn Annan, hern Koppin husvrowe von Czedelicz, vnd Katherin, Heynrichs wyp von Hochtericz; alda han sych virczygen mit gutem wyln der gerade, da sy hern Hankin von Knobolochsdorf hattin vmb angesprochin, vnd han bekant, daz her vn hat gegebin XL mark polenisser pfenige vnd czal davur, also daz her Hanke vnd sine nachkvmelingin darvmb nvmmer keyne onsprache von yn darvmb lidin sal. Testes Johannes de Byl et Hartvngus de Nymans.“[2])

Neben den unter den Begriff der Gerade fallenden Mobilien erlangte die Frau mit dem Tode ihres Mannes nach dem allgemeinen magdeburgisch-sächsischen Rechtsgrundsatz[3]): „Frauengut wächst nicht und schwindet nicht“ auch die Verfügung über die Immobilien zurück, welche sie in die Ehe eingebracht hatte.

In dieser Verfügungsmacht war sie durch das Beispruchsrecht ihrer Erben beschränkt. Sie unterlag ihm aber nicht

---

[1]) 15 II, 119 V, 130 VII, 83 II.

[2]) 15 III.

[3]) Schröder, Lehrb. der deutschen Rechtsgeschichte S. 755; derselbe, Geschichte des ehelichen Güterrechts Bd. 2, 3 S. 5 ff.; Engelmann. Bürgerl. R. S. 672; Stobbe, Handb. des deutschen PrivR. Bd. 4 §§ 217 ff.; Heusler, Inst. Bd. 2 S. 399; Blumer, Rechtsgeschichte der schweizer. Demokratien Bd. 1 S. 178.

hinsichtlich Verfügungen zum Heile ihrer Seele, soweit sich diese in billigen Grenzen hielten.[1]) Dieses „Seelgeräte", ein magdeburgisch-sächsisches Institut,[2]) so benannt, weil es eine Zurichtung der Seele bildete, konnte außer in einer Geldsumme in Ländereien bestehen[3]) und wurde vom Erblasser zugunsten einer kirchlichen Anstalt für den Fall seines Todes bestellt, meistens mit der Auflage, alljährlich am Todestage des Erblassers eine Seelenmesse zu lesen. Auf diese Weise wurde die Seele für das ewige Leben ausgestattet, um sie vor dem ewigen Richtstuhl bestehen zu lassen.[4])

Die Form, in der das Seelgeräte bestellt wurde, bestand in einem einseitigen Akt vor Zeugen, dessen Vornahme vor Gericht zwar nicht vorgeschrieben war, aber doch die Regel bildete.[5])

§ 4.

Vergleich des Glatzer Mannengerichts mit den schlesischen Mannengerichten.[6])

Neben dem Mannengericht in Glatz bestanden gleichnamige Gerichte auch im benachbarten Schlesien, wie in den Fürstentümern Schweidnitz-Jauer, Glogau, Breslau, im Nams-

---

[1]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 287 f.

[2]) Heusler, Inst. Bd. 2 S. 642 ff.; Stobbe, Handb. Bd. 5 S. 205 f.; Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 287 ff., 775; v. Amira, Erbenfolge S. 70; derselbe, Obligationenrecht Bd. 1 S. 573, Bd. 2 S. 701; Brunner, Fortleben des Toten S. 29.

[3]) z. B. 93 I.

[4]) Magdeburger Schöffensprüche von Friese und Liesegang, Berlin 1901, S. 834.

[5]) z. B. 93 I.

[6]) s. hierzu Breyther, Beitr. zur Geschichte des Mannengerichts in Schlesien, Zeitschr. des Vereins f. Gesch. Schlesiens Bd. 42 S. 289 ff.; Andreas Gryphius, Glogauische Fürstenthums Landes-Privilegia 1653; Bobertag, Zeitschr. des Vereins f. Gesch. Schlesiens Bd. 7; v. Friedenberg, Abhandl. von denen in Schlesien geltenden Rechten Bd. 1 u. 2 1738—1741; Chr. G. Haltaus, Glossarium Germanicum medii aevi 1758, sp. 1306—1310 und die dort Zitierten.

lauischen Weichbilde, im Fürstentum Öls, im Fürstentum Sagan und in der freien Standesherrschaft Wartenberg.[1]) Eine Gegenüberstellung mit diesen ergibt aber, daß sich das Glatzer Mannengericht von jenen wesentlich unterschied.

Die schlesischen Mannengerichte waren keineswegs Sondergerichte des Adels. Das Schweidnitzer Mannengericht z. B., welches allen anderen bei deren Errichtung als Vorbild gedient hat, war besetzt mit einem Präsidenten, dessen Würde in seiner Familie erblich war, und fünf Beisitzern. Von diesen gehörten aber nur drei dem Adel an; die beiden anderen Beisitzer dagegen waren Deputierte aus dem Ratstuhle der Stadt Schweidnitz, und zwar der eine im Namen des Rates und der andere namens der mit dem Mannrecht begnadeten Bürgerschaft. Neben diesen fünf Beisitzern fungierte noch ein Gerichtsschreiber.

In ähnlicher Weise wurden in Breslau, wo die Macht ganz in den Händen der Stadt lag, zu Beisitzern gewählt: „die do von der Herrschafft oder Im abwesen derselben von Iren Anwaldern genuck vernünfftig darzu erkannt werden".[2]) In Wartenberg wurden die Beisitzer außer den Herren und Rittern dem Stande der Prälaten entnommen. Nur das Ölser und Glogauer[3]) Mannengericht bestand aus einem rein adligen Beisitzerkollegium.

Ebenso wie die Besetzung mit nichtadligen Elementen, läßt auch die Kompetenz der schlesischen Mannengerichte den Unterschied vom Glatzer Mannengericht erkennen.[4]) Alle Mannengerichte Schlesiens waren nur kompetent für die Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit des im Fürstentum angesessenen und begüterten Adels sowie für die damit zusammenhängenden strittigen Fälle, wogegen er gerade in Strafsachen und auch

---

[1]) Johannes Antonius Ritter v. Friedenberg, Abhandl. von denen in Schlesien geltenden Rechten 1738 Bd. 1 S. 23.

[2]) Gryphius a. a. O. S. 29.

[3]) Breyther a. a. O. S. 292.

[4]) Schlesische Analekten, Schmiedeberg 1790, S. 132; Breyther, Beitr. zur Geschichte des Manngerichts in Schlesien und besonders im Fürstentum Glogau, Zeitschr. des Vereins f. Gesch. Schlesiens Bd. 42 S. 291 ff.; Tzschoppe u. Stenzel, Urkundensammlung zur Geschichte des Ursprungs der Städte in Schlesien u. Oberlausitz, Hamburg 1832, S. 81.

sonst in der streitigen Gerichtsbarkeit der Aburteilung durch sein Standesgericht entzogen war auf Grund der „Ordnung v. 19. 12. 1609 = Nobilis non potest in iniuriarum actione ad hoc iudicium citari, bene ad Regium officium". Nur das Glogauische Mannengericht hatte eine erweiterte Kompetenz, insofern es auch über Streitigkeiten eines Mannen mit dem Fürsten oder Hauptmann zu entscheiden hatte.

Im Gegensatz hierzu blieb das Glatzer Mannengericht bis zu seinem Untergange im Jahre 1742 ein reines Adelsgericht.

Dies zeigt sich zunächst in der Art seiner Besetzung. Nirgends sehen wir im Mannengerichtsbuch einen Bürgerlichen als Beisitzer angeführt. Die Würde des Vorsitzenden war, solange das Glatzer Mannengericht bestanden hat, zu keiner Zeit an eine bestimmte Familie gebunden, wie wir dies auch in unseren Protokollen verfolgen können, sondern sie wechselte mit der Würde des Landeshauptmanns, der jeweils vom Könige neu ernannt wurde.[1]) Als reines Adelsgericht zeigt sich das Glatzer Mannengericht auch in seiner Kompetenz. Vor ihm konnten nur als Partei auftreten Adlige untereinander oder höchstens in ihrem rechtsgeschäftlichen Verkehr mit Bürgerlichen, und eine Beschränkung seiner Zuständigkeit in einzelnen Zweigen der Rechtsprechung wie anderwärts, z. B. in der Strafgerichtsbarkeit, war dem Glatzer Mannengericht fremd.

---

[1]) Kögler, Chroniken der Grafschaft Glatz Bd. 1, Glatz 1841, S. 208 ff.

Spezialdruckerei für Dissertationen, Robert Noske, Borna-Leipzig.

Lebenslauf.

Am 22. Juli 1884 wurde ich, Karl Jung, zu Endersdorf, Kreis Grottkau, als Sohn des Güterdirektors August Jung und seiner Ehefrau Ida geb. Grittner geboren. Ich bin katholischer Religion und preußischer Staatsangehörigkeit.

Von Ostern 1895 bis 1904 besuchte ich das Königl. Gymnasium zu Leobschütz und studierte sodann an den Universitäten in Breslau und München Rechtswissenschaft. Ich hörte die Vorlesungen folgender Herren Professoren: Birkmeyer, Brie, Dahn, Engelmann, Fischer, Gareis, Gretener, Heilborn, Leonhard, Meyer, Schott, Sombart, Ullmann, Wolff.

Am 11. Mai 1908 bestand ich in Breslau die erste juristische Staatsprüfung, am 15. Februar 1910 das Rigorosum. Meine praktische Ausbildung erhielt ich zuerst am Königl. Amtsgericht in Krappitz, trat hierauf am 1. Oktober 1908 als Einjährig-freiwilliger beim Jägerbataillon Nr. 5 in Hirschberg ein und wurde dann dem Amtsgericht in Habelschwerdt überwiesen. Gegenwärtig bin ich beim Landgericht in Oppeln beschäftigt.

Besonderen Dank schulde ich Herrn Professor Dr. Herbert Meyer für seine gütige Unterstützung. Desgleichen spreche ich meinen ergebensten Dank aus für freundliche Anregungen Herrn Schulrat Dr. Volkmer, bisher in Habelschwerdt, dem Kenner des Glatzer Landes und seiner Geschichte.